
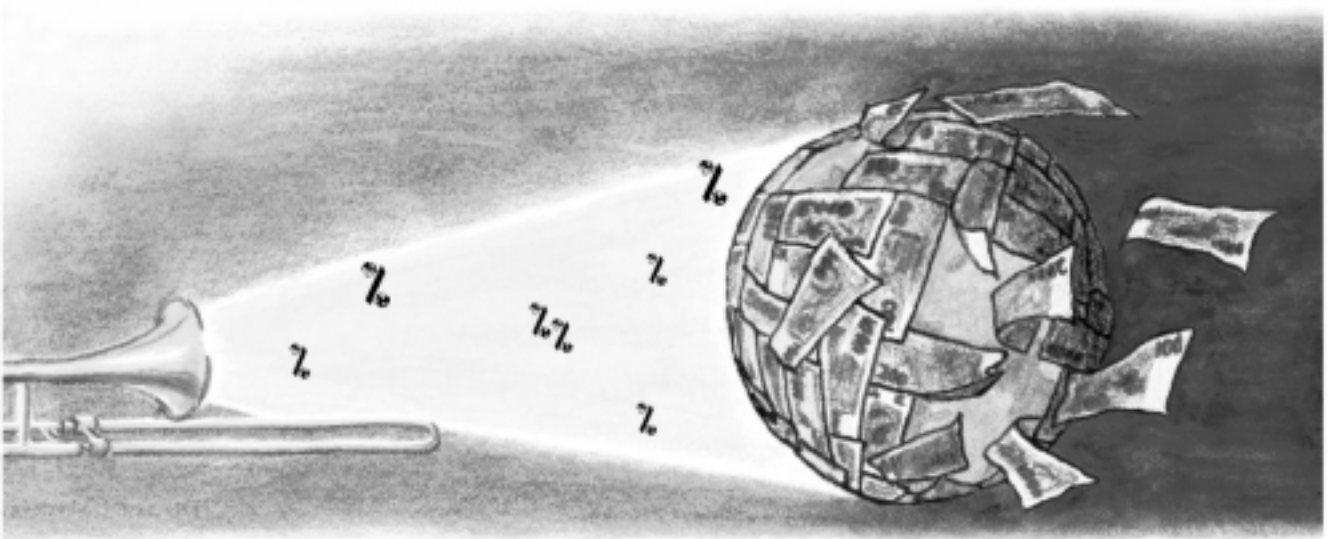


**Gegenstimmen** — attac  lädt ein

## **Von den Zapatistas zum Weltsozialforum**

Ursprünge und Perspektiven der  
globalisierungskritischen Bewegung

Materialien zu der Veranstaltung mit  
Dario Azzellini  
Friederike Habermann  
10. Januar 2004, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater





## Inhalt

Friederike Habermann <i>Für viele Welten! - in pink und silber und bunt</i> .....	3
Dario Azzellini <i>10 Jahre Aufstand der EZLN in Chiapas</i> .....	13
Peter Wahl <i>In der Zwickmühle des Erfolgs Eine Bilanz des Dritten Weltsozialforums in Porto Alegre</i> 19	
<i>Charta der Prinzipien Die Erklärung des Weltsozialforums</i> .....	22
Ulrich Brand und Joachim Hirsch <i>Suchprozesse emanzipativer Politik</i> .....	25

## Kontakte, Internetadressen

- Deutsche Solidaritätsseite: [www.gruppe-basta.de](http://www.gruppe-basta.de)
- Schweizer Solidaritätsseite: [www.chiapas.ch](http://www.chiapas.ch)
- Nachrichten aus Mexiko: [www.zapapres.de](http://www.zapapres.de)
- Die Berliner Gruppe FeIS: [www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/)
- Berliner Sozialforum: [www.sozialforum-berlin.de](http://www.sozialforum-berlin.de)
- Attac Berlin: [www.attac-berlin.de](http://www.attac-berlin.de)
- Originalhomepage der EZLN: [www.ezln.org](http://www.ezln.org) (auf spanisch)
- Chiapas Watch: [www.zmag.org/chiapas1/](http://www.zmag.org/chiapas1/) (auf englisch)
- peoples global action: [www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/) (auf englisch)
- Weltsozialforum: Links: <http://www.wsfindia.org> (auf englisch)

## Literaturhinweise

- Anne Huffs Schmid (Hrsg.) - Marcos - Ein Maskierter Mythos; Berlin 1995, Elefanten Press
- Manuel Vázquez Montalbán: Marcos - Der Herr der Spiegel, Berlin 2000, Verlag Klaus Wagenbach
- Uli Brandt: Reflexionen einer Rebellion. „Chiapas“ und ein anderes Politikverständnis“, Verlag Westfälisches Dampfboot, 2. Aufl., Münster 2002
- Anne Huffs Schmid: Diskursguerilla: Wortergreifung und Widerstand. Die Zapatistas im Spiegel der mexikanischen und internationalen Öffentlichkeit, Synchron 2004

**Dank an die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg für den Druck des Readers**



## **Peoples Global Action: Für viele Welten! - in pink und silber und bunt**

Von Friederike Habermann

Der bereits 1994 als „erste Revolution des 21. Jahrhunderts“ bezeichnete Aufstand der Zapatistas in Chiapas/ Mexiko gilt inzwischen als die Geburtsstunde der neuen internationalen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung. Der Aufstand traf auf eine Situation, in der immer mehr Teile ehemals systemkritischer Bewegungen - im globalen Norden die Neuen Sozialen Bewegungen, im Süden die Befreiungsbewegungen - eine immer stärkere Anpassung an das herrschende System vollzogen hatten - nicht (nur) aus Opportunismus, sondern aus Desillusionierung und Mangel an greifbaren Alternativen. Mit ihrem Aufruf, „ein kollektives Netzwerk all unserer Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu schaffen, welches Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähnlichkeiten anerkennt“ und so die Welt „neu zu erschaffen“ fanden die Zapatistas weltweit ebenso Widerhall bei neueren Bewegungen wie mit ihrem radikalen, jedoch auf Gewaltfreiheit bedachten Vorgehen.

Die Zapatistas kämpfen darum, sichtbar zu machen, dass ihre Position nicht eine zufällige (oder gar natürliche) Abweichung ist, sondern eine den Verhältnissen immanente. So wird deutlich, dass die hegemonialen Interessen eben keine allgemeinen Interessen sind, und dass es nur gelingt, sie als allgemeine darzustellen, solange die marginalisierten und unterdrückten Interessen stimmenlos bleiben bzw. gemacht werden. Darüber hinaus rufen sie andere marginalisierte Identitäten – Frauen, Alte, Homosexuelle etc. – auf, sich ebenso gegen Hegemonie zu wehren, und zwar in einer Vernetzung aller dieser. Dabei behaupten sie nicht, dass sich alle diese Kämpfe auf den Kapitalismus zurückführen ließen.

Parallel zu den zehn Jahre währenden Vorbereitungen im Urwald von Chiapas aber hatten sich weltweit kleinere Bewegungen einer neuen Politikform gebildet. Waren dies in Deutschland z.B. die Autonomen, welche sich von der traditionellen Linken durch den Triple Opression-Ansatz (Kapitalismus, Rassismus und Sexismus) in der Theorie und die direkte Aktion in der Praxis auszeichn(et)en, so hatte sich in Großbritannien die „anti-roads movement“ gebildet, mit Tausenden von Menschen, die sich aufgrund ihrer im Widerstand gemachten Erfahrungen zunehmend gewaltfreie direkte Aktionen zum Mittel wählten. Und nicht zuletzt im globalen Süden waren direkte Aktionen schon lange ein wesentliches politisches Mittel, die bekanntesten darunter die rund 150.000 Landbesetzungen in Brasilien.

Nachdem erste Kontakte über das zweite zapatistische „Interkontinentale Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“ geknüpft worden waren, bildete sich im Februar 1998 in Genf mit Peoples Global Action ein weltweites Netzwerk für Informationsaustausch und Aktionskoordination. Die Tagung fand statt am Genfer See, direkt neben einem Hotel, welches gerade eine Managerkonferenz beherbergte: alles Männer, weiße, in schwarzen Anzügen und mit Handy. Die Vielfalt der Saris und anderer Gewänder, der Farben und der Geschlechter bei der Peoples Global Action-Konferenz symbolisierte dagegen eindrücklich eine andere Form von Globalisierung. Jedenfalls nicht die der hegemonialen Monotonie.

Inhaltliche Arbeitsgruppen zu Frauen, Bauern und Bäuerinnen, Erwerbslosen, Studierenden, HausbesetzerInnen etc. wechselten sich ab mit regional zusammengesetzten Arbeitsgruppen wie Mittlerer Osten oder Südlicher Pazifik. Ebenfalls nach Regionen gegliedert wurden Gruppierungen benannt, welche das Einberufungskomitee für die nächste Konferenz bildeten. Dieses nach jeder Konferenz wechselnde Gremium ist gleichzeitig beauftragt, notwendige organisatorische Leistungen in der Zwischenzeit untereinander zu koordinieren. Für Europa darin vertreten waren bislang u.a. die britische Reclaim The Streets-Bewegung und das italienische Ya Basta!-Kollektiv, heute bekannt als Mit-Initiator der „Tute Bianche“.



Peoples Global Action (PGA) versteht sich nicht als Organisation mit Mitgliedschaft, sondern als eine Plattform, auf der verschiedene Bewegungen, Strömungen und Gruppierungen zusammen kommen können, um durch die Koordinierung eine gegenseitige Stärkung der jeweiligen lokalen und regionalen Auseinandersetzungen und Kämpfe zu erfahren. Es gibt kein Büro, keine Hauptamtlichen und die Finanzierung muss für jede Aktion vor Ort neu beschafft werden.

Inhaltliche Grundlage bildet ein „lebendiges Manifest“ welches auf jeder Konferenz weiter bearbeitet werden soll. Tatsächlich aber hat es nach der ersten Konferenz trotz einiger Bemühungen nie wieder eine Fassung gegeben, welche ausdiskutiert werden konnte, da stets die Zeit fehlte. Wesentlich als gemeinsame Grundlage sind daher vor allem die fünf Grundprinzipien von PGA: eine klare Ablehnung von Freihandelsabkommen, verbunden mit einer konfrontativen Haltung und der Ablehnung von Lobbypolitik, dem Aufruf zu direkten Aktionen, die nicht-hierarchische und selbstbestimmte Vernetzung untereinander und – erst auf der 2. PGA-Konferenz hinzugefügt – die Ablehnung aller Formen von Diskriminierung, mit dem Zusatz: „We embrace the full dignity of all human beings“.

Genf war nicht zufällig gewählt: Drei Monate später sollten hier Staatschefs und Minister zur zweiten WTO-Konferenz zusammentreffen. WTO: We Take Over - so lautete die optimistische Umdeutung des Kürzels für die Welthandelsorganisation schon anderthalb Jahre vor Seattle. Tatsächlich kam es zu Protesten, welche den Polizeichef von Genf – wie er mehrfach wiederholte - den Beginn einer Bewegung wie 1968 entstehen sah. In allen Kontinenten kam es im Rahmen von PGA zu Beteiligungen an Protestaktionen gegen die Weltwirtschaftspolitik, darunter 40.000 in Brasilien und 100.000 in Indien sowie eine Global Street Party in 37 Ländern gleichzeitig. Obgleich von den AktivistInnen von PGA im Vorfeld auf den Zusammenhang der einzelnen Aktionen hingewiesen wurde, konnte dies damals nicht verhindern, dass beispielsweise in der tageszeitung von den 3.000 Tanzenden auf den Straßen in Prag auf einer anderen Zeitungsseite und völlig ohne jeden Bezug auf die 8.000 in Birmingham berichtet wurde – diese Art der Vernetzung war damals zu neu.

Über die Proteste im Süden dagegen wurde praktisch gar nicht berichtet. Daraus zogen die Bauernbewegungen aus Indien die Konsequenz, dann eben nach Europa zu kommen: Ein Jahr später fuhren 500 Menschen überwiegend aus Indien, aber auch anderen Ländern verschiedener Kontinente durch Europa, um anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels im Juni in Köln einen Monat lang eine Protestkarawane gegen die Weltwirtschaftspolitik durchzuführen als Interkontinentale Karawane für Solidarität und Widerstand (ICC). Aber auch diesmal fanden sie kaum Beachtung. In der Presse wurden sie lediglich als besorgte Bauern porträtiert, die sich gegen die Gentechnologie engagierten - die damit verbundene Systemkritik wurde überhört. Und als die Karawane von der Polizei in Köln eingekesselt wurde, machte die Kölnische Rundschau kurz „500 Autonome“ aus den in weiße Gewänder gehüllte Indern.

Am gleichen Tag, dem ersten Global Action Day, dem 18. Juni 1999, kam es weltweit zu lokalen Aktionen gegen Finanzzentren und zu antikapitalistischen Demonstrationen. In Australien wurde die Tradition des Sahnetorten-Wurfs in unbeliebte PolitikerInnenengesichter fortgesetzt, in Nigeria lauschten 10.000 Anti-Shell-Demonstrierende den Worten Owens Wiwa – Bruder des hingerichteten Ogoni-Sprechers Ken Saro-Wiwa -, in Tel Aviv wurde ein Karneval veranstaltet und in Pakistan verkleideten sich Gewerkschaftsführer, um so an der Polizei vorbei auf einer Demonstration sprechen zu können.

### **Eine neue Politik**

Und dann passierte es: „Nur 200 von 3000 Delegierten sind durchgekommen – sie haben die Konferenz für heute abgesagt!“ – hieß die Nachricht, die sich am frühen Nachmittag auf den Straßen von Seattle wie ein Lauffeuer unter den Demonstrierenden verbreitete. Was zunächst kaum jemand glauben konnte und dann großen Jubel auslöste, hat inzwischen Geschichte gemacht: Seattle und das



Scheitern der dritten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation wurde zum Symbol für die Entstehung einer „neuen Internationale“ (Magazin Wirtschaftswoche).

Das Direct Action Network (DAN)-Center, war der Ausgangs- und Anlaufpunkt für alle im radikalen Widerstand in Seattle. Gerade weil vorher keine Struktur existiert hatte, waren einfach Leute aus allen Teilen der USA und teilweise aus Kanada einige Wochen vorher zusammen gekommen, hatten ihre Erfahrungen ausgetauscht und das DAN-Center aufgebaut. Es gab keine direkte Kontinuität zwischen Peoples' Global Action und den Ereignissen in Seattle. Zwar zog eine fünfwöchige PGA-Karawane von Menschen u.a. aus Israel, Pakistan und Bolivien mit einem buntbemalten Schulbus von New York über Boston und San Diego nach Seattle, die unterwegs mit den lokalen Gruppen Aktionen und Teach-Ins veranstaltete, doch vergleichbar mit dem Prozess, wie oben für den Zapatismus beschrieben, so zeigte sich auch hier, wie sich an einem anderem Ort fast zeitgleich, aber ohne organisatorischen Zusammenhang, eine ähnliche Politikform entwickelte. Gleichzeitig gab es gewerkschaftliche und gemäßigte Positionen von Nichtregierungsorganisationen, doch kam es in Seattle nicht zu einer Verwässerung radikaler Positionen, da von unterschiedlichen Positionen aus nur Hand in Hand, aber nicht von dem kleinsten gemeinsamen Nenner aus Politik gemacht wurde. So haben die DAN-Strukturen, die sich nach Seattle in ganz Nordamerika herausbildeten, die Grundprinzipien von Peoples Global Action übernommen.

In der deutlichen Ablehnung der WTO und anderer Liberalisierungs-Abkommen wird bereits ein Unterschied zur Haltung der allermeisten Nichtregierungsorganisationen deutlich – es geht nicht um Verbesserungen, es geht um die radikale Ablehnung und die Forderung nach Abschaffung. Dabei wird nicht behauptet, ohne WTO, IWF, Weltbank gäbe es keine Ausbeutung mehr. Doch werden diese Organisationen als Verdichtungen von Kräfteverhältnissen aufgefasst und von daher als unreformierbar. Sie sind Ausdruck globaler neoliberaler Umstrukturierung, und werden von dieser zielbestimmten Ausrichtung auch nicht abweichen. Es geht den in PGA versammelten Gruppen jedoch auch nicht um die Wiedererlangung eines keynesianischen Wohlfahrtsstaates, sondern es geht um die Ablehnung von Kapitalismus als Lebensprinzip, in welchem die Konkurrenz die zwischenmenschlichen Beziehungen beherrscht. Hier betonen vor allem indigene Bewegungen ihr sozialeres Gesellschaftsverständnis.

Zudem enthielt der Wohlfahrtsstaat des Fordismus zwar mehr Absicherungen als der Postfordismus, doch gingen diese einher mit einer Art Klassenkompromiss zu Lasten des globalen Südens, der „Ausländer“ und der Frauen. Denn nicht umsonst waren es im Fordismus in erster Linie die Hausfrauen, welche (Modell Mittelstand:) in Depressionen versanken, statt sich – befreit von Lohnarbeit - auf dem Sofa zu fläzen, oder (Modell Doppelbelastung:) in Arbeit zu ertrinken. Robert Kurz verweist zurecht darauf, dass die bürgerliche Familie oder die Geschlechtsbeziehung keine nicht-warenförmigen sozialen Räume sind, welche außerhalb und unabhängig von der Warengesellschaft existieren (Kurz 1992). Im Gegenteil war und ist der weibliche Lebenszusammenhang in seiner „Abgespaltenheit“ (Roswitha Scholz 1992) genauso entfremdetes Moment der warenproduzierenden Deformations- und Destruktionsgeschichte wie Arbeit im Binnenraum der Ware.

Hier erweist sich nicht zuletzt auch die Analyse des Staates als wichtig. Staat ist weder böse an sich, da er nicht einfach Mittel in den Händen des Kapitals oder sonst wem ist, noch lässt er sich mit gutem Willen in wohlmeinende Hände übergeben, wie es etatistische Forderungen suggerieren. Der Staat ist eine materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen (Nicos Poulantzas), ist Ausdruck von Hegemonie, und damit strukturierte und strukturierende Form von Herrschaft zugleich (vgl. auch Brand 2000). Damit ist er auch institutionalisierte Maskulinität (vgl. u.a. Sauer 2001).

Entsprechend ist die konfrontative Haltung gegenüber internationalen Freihandelsorganisationen verbunden mit einer Ablehnung jeglicher Lobby-Politik, „denn wir glauben nicht, dass Lobbyarbeit in einer so undemokratischen Organisation, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst ist, einen



nennenswerten Einfluss haben kann“, so heißt es in den Grundsätzen. Um es mit Bildern von Slavoj Žižek auszudrücken: ist die Wahlfreiheit im globalen Kapitalismus die zwischen Coca Cola und Pepsi, so entspricht Lobbying der Mitbestimmung im Fahrstuhl: Drückt man den Knopf ‘Tür-zu’ oder drückt man ihn nicht – es macht zeitlich keinen Unterschied, der Knopf dient lediglich dazu, das Gefühl zu vermitteln, man könne etwas tun. Dafür aber reproduziert man durch Lobbying ein Machtverhältnis, unterwirft sich der Hierarchie, in dem man aktiv die Entscheidungskraft des anderen, und damit seine Subjektposition, anerkennt. Dagegen wird im Widerstand die bestehende Machtbeziehung herausgefordert: Es bedeutet, zunächst zu erkennen, dass eine solche besteht, und dann zu versuchen, diese Subjektpositionen zu verschieben. Es ist eine Transformation nicht nur des Verhältnisses innerhalb der Machtbeziehung, sondern verändert auch die eigene Person. Um im Widerstandsjargon zu bleiben, könnte dies ‘reclaim yourself’ genannt werden.

Als Form für diesen Widerstand wird zu direkten Aktionen aufgerufen. Das ursprünglich an dieser Stelle eingefügte Wort „gewaltlos“ war im herkömmlichen Sinne mit Bezug auf Menschen zu verstehen, und nicht in der Verzerrung, die dieser Ausdruck in der politischen Diskussion der letzten Jahrzehnte erhalten hat, wo jede Sachbeschädigung als Gewalt ausgelegt wird. Die indischen Bewegungen berufen sich gerne auf die Politik Ghandis, wohl wissend, dass dieser direkte Aktionen befürwortet hat. So zählt ein Go-In bei dem Agrar-Multi Cargill, verbunden mit einer öffentlichen Verbrennung sämtlicher in den Büros vorgefundenen Papiere, ebenso selbstverständlich zu gewaltfreiem Widerstand wie die öffentliche Verbrennung von genetisch veränderten Baumwollfeldern. Um hier Missverständnissen vorzubeugen, beinhaltet die auf der dritten PGA-Konferenz im September 2001 in Cochabamba/ Bolivien gefundene Formulierung den „Respekt vor dem Leben“.

Bezüglich der internen Zusammenarbeit bildet die dezentrale und autonome Organisationsphilosophie den Grundsatz. Dies ist sehr ungewöhnlich im Vergleich zu festeren Strukturen, welche in der Regel mit einem finanziell und personell gut versorgten Hauptsitz ausgestattet sind. Die Finanzierung kommt dabei fast immer aus dem Norden, und in Verbindung damit werden auch die Personalentscheidungen davon beeinflusst. Nicht zuletzt deshalb stellt PGA die Vernetzung dar, in welcher Bewegungen aus dem Süden wohl in angemessenster Weise vertreten sind. Größtes Problem in der Praxis bildet zwar auch hier die Übernahme von organisatorischen Arbeiten durch Individuen aus dem Norden – legitimiert als Support Group, doch die unterschiedliche Ausstattung mit Zeit, Geld und technischer Infrastruktur führt auch hier zu ungewollten Ungleichgewichten. Immerhin ist es die einzige Struktur, in der überhaupt mit diesem Problem entsprechend umgegangen werden kann. So wurde beispielsweise nach einigen Spannungen auf den PGA-Konferenzen eine Quotierung eingeführt, damit die Beteiligung Nord/Süd ausgewogener ist. So konnte vermieden werden, dass die größeren finanziellen Ressourcen zu einer Überrepräsentanz führten. Tatsächlich wird Peoples Global Action in erster Linie durch die Bewegungen im Süden getragen – und damit von den durch die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung am Wesentlichsten Betroffenen. Auch wenn also andere Vernetzungen wie das DAN die Prinzipien von Peoples Global Action übernehmen, so bleibt PGA im radikalen Widerstand doch die entscheidende Vernetzung für Bewegungen aus dem Süden.

In der Ablehnung jeder Form von Diskriminierung liegt der vielleicht grundlegendste Unterschied zu traditionellen internationalistischen Bewegungen: es wird eine Verkürzung von Herrschaftsverhältnissen auf Kapitalismus vermieden. Das, was die Vielfältigkeit der in Peoples Global Action vertretenen Gruppen ausmacht, lässt sich als ‘gegen-hegemonial’ ausdrücken. Kapitalismus wird nicht nur als ökonomisches Verhältnis gesehen, sondern in seiner Durchdringung von Kultur, Umwelt, Geschlecht, Rassismus und Identität überhaupt. So wird auch z.B. die WTO als sozial, ökonomisch und politisch hegemoniales Projekt angegriffen.

Dabei wird nach Verknüpfungen zwischen diesen Kämpfen gesucht, wie z.B. geschehen auf einem Seminar in Chiapas im Mai 2000 unter dem Titel Nicht Mann, nicht Frau, sondern ganz das Gegenteil.





Hier trugen VertreterInnen von Basisbewegungen aus vier verschiedenen Kontinenten ihre Erfahrungen unter dem Aspekt „Genero y Neoliberalismo“ zusammen. Ganz automatisch durch die Zusammensetzung der Teilnehmenden, kamen ethnische Aspekte ebenso mit ins Spiel – auch als Spannung untereinander, doch die Auseinandersetzung miteinander war intensiv und fruchtbar. Dies zeigt auch: Die wichtigste Arbeit bei Peoples Global Action bleibt zunächst im Verborgenen. Es sind die Gespräche und Auseinandersetzungen, die Alltäglichkeit im gemeinsamen Engagement, die Widerstände gegen Sexismen und Rassismen in den eigenen Köpfen. Es ist das voneinander Lernen, das Austauschen von Ideen und das Ausprobieren von Alternativen, was eine neue Welt, was neue Welten ermöglichen können. So wird auch deutlich, dass PGA keine „Globalisierungsgegner“ verbindet, denn das, was hier geschieht, ist eine positive Form von Globalisierung – die verdammt viel Spaß bringt.

### **Was den Sub so sexy macht...**

Immer wenn es um Marginalisierte und ihre Überlebens- und Widerstandsstrategien geht, wird der Begriff ‚Authentizität‘ ins Spiel gebracht. Selbst herrschende Institutionen bemächtigen sich seiner: "Hier haben wir die authentischen Stimmen der Armen, so wie sie selber Armut sehen und verstehen", sagte Nick Stern, Chef-Ökonom bei der Weltbank, als er deren neues Projekt „Voices of the Poor“ vorstellte. Dass er nicht erwähnte, auf wie viel Kritik dieses Projekt wegen seiner Vorgaben stieß, ist nicht verwunderlich, denn Authentizität wird immer wieder gerne erfolgreich von der Weltbank zur Verteidigung ihrer Politik eingesetzt, insbesondere zu Zeiten des Protestes auf den Straßen.

„Can the subaltern speak? – Können Marginalisierte sprechen?“ lautete die provokante Frage von Gayatri Spivak, eine der Koryphäen des Postkolonialismus, Ende der 1980er Jahre, mit Bezug auf den globalen Süden. Ihre Antwort scheint zunächst eindeutig: "The subaltern cannot speak." Im Kontext der (kulturellen, politischen und ökonomischen) Herstellung des Kolonialismus seien die Marginalisierten ohne Geschichte - sie seien "im Schatten" (Spivak 1988:83). Daraus ergeben sich Fragen an eine politische Organisation wie Peoples Global Action, welche darauf beruht, dass sich Basisbewegungen – und damit die Menschen darin - selbst repräsentieren und artikulieren. Können sie außerhalb der Hegemonie sprechen? Bedarf es der medialen Vermarktbarkeit, um gehört zu werden? Spivak weist insbesondere auf die Situation der subalternen Frau hin – in der Kombination von kolonialem und indigenem Patriarchat seien diese „doppelt im Schatten“ (ebd. 84). Demnach ist es kein Zufall, das beispielsweise bei den Zapatistas nicht die indigene Comandante Ana-Maria Sprecherin wurde, sondern Subcomandante Marcos. Doch hat der zur Symbolfigur des Widerstands gewordene Sub als Mann, Weißer und Abkömmling der Mittelklasse eigentlich was zu sagen? Haben EuropäerInnen innerhalb solcher Vernetzungen etwas zu sagen? Vor allem aber: wie können sich subalterne Positionen darin Ausdruck verschaffen? Kann das, was sie sagen, überhaupt gehört und verstanden werden, wenn es außerhalb des hegemonial geprägten Alltagsverständes liegt?

Spivak gibt sich gar nicht erst mit den mächtigen Institutionen ab, sondern den Versuchen einer radikalen Umschreibung der hegemonialen Geschichte, jenen, die es aus einem linken Verständnis heraus versuchen, besser zu machen; sie deckt gerade hier die Fallgruben auf und weist auf die Unmöglichkeit von Authentizität hin. Sie bezieht sich dabei auf Antonio Gramscis Ausführungen über die „Subalternen Klassen“ in seiner Betrachtung des Südens Italiens (vgl. ebd. 78). Die Beziehung zwischen globalem Kapitalismus, also ökonomischer Ausbeutung, und den Allianzen zwischen Nationalstaaten benötige eine Theorie der Ideologie (vgl. ebd. 74). Eine solche könne sich nicht leisten zu übersehen, wie wesentlich die zwei Bedeutungen von "Repräsentation" seien: Für diese Unterscheidung benutzt sie die von Marx im 18. Brumaire gebrauchten deutschen Ausdrücke "Vertretung" und "Darstellung" – Personen zu vertreten bedeutet immer auch, diese darzustellen, das heißt, zu der Konstruktion der Identität dieser Gruppe beizutragen. Marx beschreibe 'Klasse' als deskriptives und als transformatives Konzept, welches die Überwindung als Klasse gleichzeitig in sich trage. Die kollektive Handlungsfähigkeit – "wenn es denn eine solche gäbe" fügt sie hinzu – sei Aneignung und Erset-



zung zugleich von etwas, das schon von Beginn an künstlich war – wie ökonomische Existenzbedingungen, welche eine 'Klasse' formen (vgl. ebd. 72). Oder wie Identität.

Zu beachten sei insbesondere, wie sehr "Repräsentation" für die Bühne der Welt geeignet sein müsse, wie sehr es das Bedürfnis nach 'Helden', nach väterlichen Stellvertretern, mit sich bringe. Wenn Schwarze aus Kolumbien durch Europa touren, um auf die Kriegsgefahr und die fortwährenden Mordtaten in ihrem Land aufmerksam zu machen, dann peppt das nicht, da ihnen exotische Attribute fehlen, welche eben diese „Authentizität“ zu verleihen scheinen. Wenn Janu von den Adivasis, den Ureinwohner Indiens durch Europa fährt, trägt sie zwar ein 'authentisches' Gewand, doch kommt es nicht so rüber, denn sie spricht zwar drei Sprachen, doch keine, deren EuropäerInnen mächtig wären. Nein, es muss schon jene telegene Mischung aus Exotic und Verständlichkeit sein, um als authentisch gehört zu werden. Wie bei Marcos. Wenn Marcos mit Pferd, Pfeife und Pasamontana durch den Urwald reitet, so ist das jedoch nicht authentischer als Pierre Brice in Bad Segeberg. Dass er gehört wird, liegt wohl an dieser Mischung. Warum aber hat er was zu sagen?

Es könnte der junge noch-nicht-Marcos gewesen sein, welcher als Student verzweifelt zu Professorin Spivak kommt und sagt: „Ich bin nur ein bürgerlicher weißer Mann, ich kann nicht sprechen.“ Woraufhin sie antwortet: „Warum entwickelst du nicht ein gewisses Maß an Wut gegen die Geschichte, die für dich so ein bescheuertes Skript schrieb, in welchem du jetzt nicht mehr sprechen kannst?“ (Landry/Maclean 1996:5). Und als noch-nicht-Marcos nicht nur schweigt, sondern noch ratloser aussieht, fügt sie hinzu: „Dann wirst du beginnen nachzuforschen, was es denn ist, was dich zum Schweigen bringt; besser als in tiefen Determinismus zu verfallen, besser als: 'da meine Hautfarbe soundso ist, da mein Geschlecht soundso ist, kann ich nicht sprechen'.“

Wenn irgendwelche (durchaus auch linke) Politmacker irgendwo ihre Weißheiten lauthals verkünden, wünscht mensch sich natürlich, die würden erst einmal schweigen lernen. Und genau das hat noch-nicht-Marcos auch getan – sagt er jedenfalls. Als er und ein paar andere in den Urwald kamen, um dort nach dem revolutionären Subjekt Ausschau zu halten, trafen sie auf Menschen, die sich durch ihre traditionell-linke Phrasendreschrhetorik weder abschrecken noch beeindrucken ließen, sondern in einen Prozess der Kommunikation, der Interaktion, des Austausch traten. „Un choque“ nennt Marcos das im Nachhinein; nicht nur die Personen seien damals zusammengestoßen, nein, auch ihr Denken. Und daraus sei etwas Neues entstanden. „Der Zapatismus .. ist das Produkt des Schocks [eigentlich Zusammenstoß, F.H], den ein neuer Diskurs hervorrief.“ (zit. na. Vázquez Montalbán 2000:86).

So relativiert sich Spivak klares Nein auf ihre Ausgangsfrage, indem sie Wege aufweist, aus der Marginalisierung heraus zu kommen. Solange Subalterne einfach subaltern sind, werden sie nicht gehört, da sie keinen Platz innerhalb der Hegemonie haben: Auch mit besten Absichten sind wir immer noch geschlagen mit dem, was Stuart Hall das 'omnipotente weiße Auge' nennt: der unbenannte Ort aus der die Welt betrachtet wird – notwendigerweise durch die (weiße) Hegemonie geformt. Auch guter Wille reicht nicht, diesem vorgeprägten Verständnis zu entfliehen. Doch wenn Menschen aus verschiedenen Verortungen heraus miteinander in Kontakt treten, können diese Positionen verschoben werden. Weil Differenzen immer Hierarchien implizieren, muss es darum gehen, so Spivak, Privilegien zu verlernen (Spivak 1988:91).

Es reicht nicht, lediglich die Identität des/der Wissenden zu problematisieren, ohne den ontologischen Status des zu Wissenden zu hinterfragen – und damit die Geschichte des Diskurses, welche diesen Status hervorgebracht hat. Denn wenn aus einer bestimmten Verortung heraus (bspw. als Schwarze Frau) eine bestimmte Position abzuleiten wäre, könnten zwei Menschen mit der gleichen Verortung nicht verschiedener Ansicht sein. So führt 'Authentizität' dazu, weniger 'authentische' Positionen – z.B. Indigene, welche nicht 'traditionell' leben, oder 'nicht-weibliche' Frauen – nicht sprechen zu las-





sen und somit Identitäten erst zu (re-)konstruieren. Die Aussagen einer Schwarzen Frau sind nicht wahrer - trotzdem ist ihre Subjektposition wesentlich. Zwar muss mit einem bestimmten Standpunkt nicht eine bestimmte Analyse verbunden sein, aber ohne die Einbeziehung marginalisierter Gruppen entstehen neue Dominanzen statt emanzipatorischer Theorieansätze.

Da die Sichtweise der hegemonialen Gruppen die materiellen Bedingungen prägen, unter denen alle zu leben haben, kann deren Sichtweise nicht einfach als falsch angesehen werden. Wahrheit ist zu einem großen Teil das, was wahr gemacht werden kann: Geschichte wird immer durch die Gewinner geschrieben. Tatsächlich sind die hegemonialen Kategorien und Kriterien diejenigen, welche uns am leichtesten in den Kopf kommen – dies ist, was Gramsci das ´Alltagsverständnis´ nennt - und dies gilt auch für Marginalisierte selbst, auch sie werden von der Hegemonie strukturiert, denn ein völliges Außerhalb kann es nicht geben. “Thus the understanding available to the oppressed must be struggled for, and represents an achievement that requires both systematic analysis and the education that grows from political struggle to change those relations” (Hartsock 1998:406). Es kann nicht darum gehen, neue universalistische Standpunkte mit neuen Ausschließungen zu finden. Vielmehr geht es darum, Formen zu finden und zu befördern, die unterschiedliche Standpunkte auch in ihren Zusammenhängen sichtbar machen können, und so Identitätspraxen da zu kritisieren, wo sie Objektivierungspraxen sind, die den Teil zum Ganzen machen und so auf der Verwerfung anderer Standpunkte beruhen (vgl. Brensell 2000).

Subcomandante Marcos hat genau das getan: er hat seine Identität verschoben, weg von einer weißen Mittelschicht-Position. Er hat diese zwar noch - er ist kein Indigener dadurch geworden, auch wenn er in seinen Kommuniqués von `Wir´ spricht. Er ist es, und ist es nicht. Doch gerade diese nicht-existente, nicht vorgesehene Subjektposition verleiht seiner Stimme besondere Bedeutung und sie ist ein wesentlicher Grund für die Initialzündung des zapatistischen Aufstandes für die globale Widerstandsbewegung. „Here are subsistence farmers, unorganized peasant labor, the tribals and the communities of zero workers on the street or in the countryside. To confront them is not to represent (vertreten) them but to learn to represent (darstellen) ourselves“ so Spivak (1988:84). Klassische internationalistische Bewegungen verstanden sich als Sprachrohr der Unterdrückten in der Dritten Welt. Doch nicht zuletzt auf Grund der Anmaßung, Marginalisierte angemessen repräsentieren zu wollen, blieb die eigene Verstrickung in hegemoniale Denkmuster außer acht. Die vielfältigen Basisbewegungen aus Süd und Nord, die sich zum internationalen Widerstandsnetzwerk Peoples Global Action zusammengeschlossen haben, wollen diesem Problem durch die Betonung von Austausch und Kommunikation entgegen. Der gemeinsame Kampf bedeutet immer beides zugleich: füreinander eintreten und sich selbst dabei neu zu leben: “My view is that radical practice should attend to this double session of representation” (Spivak 1988:74). Das Zitat einer australischen Ureinwohnerin über dem Manifest von Peoples Global Action drückt genau dies aus: „Wenn du nur kommst, um mir zu helfen, dann kannst du wieder nach Hause gehen. Wenn du aber meinen Kampf als Teil deines Überlebenskampfes betrachtest, dann können wir vielleicht zusammenarbeiten.“

### **...und warum Tobin nicht so attraktiv ist**

Bei aller Freude, dass eine Gruppierung wie Attac so stark geworden ist: Manche Bewegungen im Süden sind entrüstet, wie sehr deren Forderungen den Blickwinkel des Nordens widerspiegeln. Zur Beschränkung der Konzernmacht ruft auch Der Spiegel inzwischen auf. Bereits direkt nach Seattle ließ sich Bill Clinton mit der Forderung nach einem „dritten Weg“ vernehmen. Hier findet sich oft das Missverständnis, Neoliberalismus sei lediglich aufgewärmter Liberalismus. In Wirklichkeit jedoch impliziert der Neoliberalismus Regulierung, Protektionismus und auch Keynesianismus (man denke z.B. an die Reagenomics) überall dort, wo es der Herrschafts- und Wohlstandssicherung dient. Insofern liegen Stimmen wie Norbert Trenkle und Ernst Lohoff falsch, wenn sie meinen, das Ende des Neoliberalismus verkünden zu können (Jungle World 33/01).

Die Gefahr, mit Kampagnen wie der von Attac gegen die „Riester-Rente“ lediglich Wohlstandschauvinismus zu mobilisieren, ist groß. Die Tobin-Tax wird die Persönlichkeit des Menschen nicht zur Entfaltung bringen und auch keine „andere Welt möglich“ machen. Zudem ist die Trennung von ´produktivem´ und ´unproduktivem´ Kapital selbst unproduktiv, da es von den grundlegenden Strukturen ablenkt. Und die Befürchtung, damit an antisemitische Gefühle anzuknüpfen, erweist sich leider als berechtigt: Neben einer Veranstaltungsankündigung von Attac in der Hamburger Uni, welches das Stereotyp des auf der Weltkugel herumtrampelnden Spekulanten abbildete, war „Juda verreckte“ geschmiert.

Nach Genua wurde von einigen Kräften innerhalb von Attac versucht, sich selber als die Saubermänner herauszuputzen, nach dem Motto: Mit den Steineschmeißern haben wir nichts zu tun! Gleichzeitig erschienen sie in den Medien als die wesentlichsten Organisatoren der Proteste: Da in Deutschland die einzige Gruppe aus der globalen Bewegung, welche über ein funktionierendes Pressebüro (mit hauptamtlichem Pressesprecher) verfügt, wurde Attac zum Medienstar. Darin liegt aber selbstredend ein Widerspruch, denn wenn nur über Attac mobilisierte Aktionen stattgefunden hätten, hätte sich die Presse nicht für die Proteste interessiert. Dass Menschen zu direkten Aktionen als ihrem Mittel greifen, liegt ja gerade auch an dieser Erfahrung von Ignoranz.

Leider kam es bei den Stellungnahmen von Menschen aus Attac zu unschönen Ausfällen. Bereits im Vorfeld veröffentlichte Peter Wahl in der taz vom 16. Juli 2001 einen Kommentar, in dem er einen Aktivist von Peoples Global Action der „Logik der Eskalation“ bezichtigte. Dafür zitierte er einen einzigen Satz aus einer Email (sic) des Betreffenden, in der dieser das Wort „Konfrontation“ benutzte. Peter Wahl interpretierte dies als Militanz im Sinne von Gewalt und verunglimpfte damit diesen Menschen für etwas, was dieser weder theoretisch vertritt noch praktisch lebt. Wenn wir so miteinander umgehen, wird es in der „anderen Welt“ auch nicht besser werden.

Dort wo nicht Einigkeit herrscht, soll nicht Kritik vermieden werden, sondern es geht darum, miteinander in Dialog zu treten. Wenn man sich mit jüngeren linken antikapitalistischen Diskussionen beschäftigt, erstaunt es, wie unberührt manche Positionen die Neuen Sozialen Bewegungen, und nicht zuletzt die feministische und postkoloniale Theorien, überstanden haben. Udo Wolter tut es ab als „Neusprech der New Economy“, wenn beim Bericht vom europäischen Treffen von Peoples Global Action einem das Lob der Vernetzung „entgegenschwallt“ (Jungle World 30/01). Es gehöre zum guten linken Ton, die grundsätzliche Ablehnung jeder Form von Herrschaft und Unterdrückung „zu propagieren“. Doch eine adäquate linke Kritik am Phänomen der Globalisierung muss eben nicht nur von einer „Totalität des kapitalistischen Vergesellschaftungszusammenhanges ausgehen“ (ebd.), sondern von einer Hegemonie, welche sich aus einer Vielzahl von miteinander verwobenen Herrschaftsverhältnissen zusammensetzt.

Sich gegenseitig mit Adjektiven wie „moraltriefend“ (Carlos Kunze, Jungle World 32/01) zu versehen, wie in der innerdeutschen Diskussion nicht unüblich, erweist sich da nicht als hilfreich; das Votum gegen das „deutsche Reinheitsgebot“ von dem Forum Genova Libera und der Berliner Gruppe fels ist dagegen nur zu unterstützen (Jungle World 34/01). Begegnungen mit den Zapatistas schulen zwar nicht in „harter Feldarbeit“ und „Technikfeindlichkeit in der Utopie“, wie Gerhard Hanloser vermutet (Jungle World 28/01), wohl aber in der Erkenntnis, dass unsere Antworten genauso wenig die Lösung für sie sein können wie umgekehrt – bloß, dass die Zapatistas nie den Anspruch formulierten. Für sie gilt der Grundsatz, dass es darauf ankommt, eine Welt zu schaffen, „in die viele Welten passen“. Christoph Spehr formuliert richtig: „Linke Politik bedeutet, andere Emanzipationskämpfe zu erkennen und anzuerkennen und sich dabei gegenseitig zu unterstützen“ (Spehr S.27f).

Ja, es geht auch anders: „Es ist diese andere Art, miteinander zu reden“, beschreibt eine Teilnehmerin am Pink-und-Silber-Block in Genua ihre Faszination an dessen Konzept (Alaska 238). „Dass mitein-



ander geredet wird wie sonst nur in Kleingruppen, achtet auf eure Bedürfnisse, teilt mit, wie es euch geht, schätzt es ab. Das fand ich gut, auch als eine Form der gemischten Organisation, von Frauen und Männern, wie ich es von hier nicht kenne, weil es wirklich nicht so von Mackern dominiert war und die Geschlechterrollen auch immer wieder in Frage gestellt wurden, schon durch die Farbe Pink und absurde Klamotten“. Tactical Frivolity heißt die Strategie des Pink-und-Silber-Blockes – zum ersten Mal unter Beteiligung vieler AktivistInnen aus Peoples Global Action während der Proteste gegen IWF und Weltbank im Herbst 2000 in Prag entstanden –, welcher sich in Genua dem Motto „Dance down the G8“ verschrieben hatte: „While we dance we denounce the brutality of capitalism, patriarchy, racism and all the forms of oppression and domination, denying any legitimacy to those 8 men“ hieß es in dem Aufruf vor Ort. Es ginge darum, in die rote Zone einzudringen und wenn möglich die Konferenz zu stoppen, jedoch ohne „Gewalt gegen Polizisten“. Dies wurde präzisiert: „Among us there are people who will not respond to police violence, no matter how brutal it is, but there are also people who are not willing to take high levels of aggression without offering resistance. We respect all these options and will try to create spaces for all of them to express themselves without interfering with each other. But we clearly do NOT want heroes, machos or martyres: we want to act in a collective and consensed manner at all times“. Mensch beachte hier die Ablehnung von Gewalt gegen Menschen (hier: Polizisten) – über jede Form von Sachbeschädigung wurde damit wie auch in den Prinzipien von PGA keinerlei Aussage getroffen. Dass heißt jedoch nicht, dass es ein Tabu sein darf, die Sinnhaftigkeit von (militanten) Aktionen zu diskutieren. Wird dies mit Entsolidarisierung gleichgesetzt, machen wir uns gegenseitig mundtot und implizieren neue Hierarchien zwischen „besseren“ und „schlechteren“ Demonstrierenden.

Eine solche sprachliche Abgrenzung zwischen Gewalt und direkter Aktion täte der gesamten Diskussion gut. Werner Rätz von attac ist deshalb zuzustimmen, wenn er sagt, ein abstraktes Bekenntnis zu Militanz oder Gewaltfreiheit übersehe die Vielzahl von real existierenden Vorstellungen, was Militanz, was Gewalt, was legitime Gegenwehr, was Gewaltfreiheit überhaupt sein sollen. Die Erklärung des Attac-Koordinationskreises nach Genua bejaht zwar einerseits „Aktionen zivilen Ungehorsams“ und „begrenzte Regelverletzungen“ - gegen welche Untaten von Seiten der Demonstrierenden in Genua aber wendet sich der Koordinierungskreis dann, wenn er sich gegen die Militanz verwehrt? (iz3w 255, Sep 01) Als die Fee Venus, welche den Pink-und-Silber-Block anführte, hinterher feststellen musste, dass der Schwarze Block selbst von Demonstrierenden zu Kriminellen gestempelt wurde, wurde sie deutlich: „That sucks.“

Auch im Kampf mit dem eigenen Alltagsverstand und dem jener, die gerade mit verprügelt werden, müssen wir nach neuen Wegen suchen. Nur so wird es eine Welt „der vielen Welten“ sein. Dies bedarf sowohl der systematischen Analyse als auch der gemeinsamen Erfahrung in politischer Aktion. Oder wie es in einem Vorschlag einer Deklaration von Pink-und Silber heißt: „We can only live these changes: we cannot think our way to humanity. ... All of us are crippled – some physically, some mentally, some emotionally. We must therefore strive cooperatively to create the new world.“

#### Literaturhinweise

- alaska 238. Zeitschrift für Internationalismus, Oktober 2001.
- Brand, Ulrich (2000): „Die unmögliche Reform. 'IWF, Weltbank und WTO abschaffen!' bleibt eine legitime Forderung“, in: INKOTA-Brief 3/2000, S. 29/30.
- Brensell, Ariane (2000): „Jenseits der Autonomie im Hinterland des Neoliberalismus. Sechs Anmerkungen zur Polarisierung von Handlungsmöglichkeiten als strukturellem Moment einer neuen Geographie von Macht“, in: Psychologie und Gesellschaftskritik Nr. 95/96, 3-4/2000, 24. Jg., S. 35-52.
- Hartsock, Nancy C.M. (1998): „Marxist Feminist Dialectics for the 21st Century“, in: Science & Society, Bd. 62, Nr. 3, Herbst 1998, S. 400-413.
- iz3w Nr. 255, September 2001.



- Jungle World, verschiedene Ausgaben, hier insbesondere die Reihe DISKO zu den Ereignissen von Genua.
- Kurz, Robert (1992): Geschlechtsfetischismus. Anmerkungen zur Logik von Weiblichkeit und Männlichkeit, in: KRISIS 12/92, S. 117-168.
- Landry, Donna/ Gerald Maclean (1996): "Reading Spivak", in: dies., The Spivak Reader, New York/ London, S. 1-13.
- Scholz, Roswitha (1992): Der Wert ist der Mann. Thesen zur Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis, in: KRISIS 12/92, S. 19-52.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte, Frankfurt/M./ NewYork.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): "Can the Subaltern Speak?", reprint in Patrick Williams and Laura Chrisman (eds.), Colonial Discourse and Post-Colonial Theory: A Reader, New York 1994, S. 66-111.
- die tageszeitung von Montag, dem 16. Juli 2001.
- Vázquez Montalbán, Manuel (2000): Marcos – Herr der Spiegel, Berlin.

## 10 Jahre Aufstand der EZLN in Chiapas<sup>1</sup>

Von Dario Azzellini

Als Kämpfer und Kämpferinnen der bis dato unbekannteren EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) in der Nacht vom 31. Dezember auf den ersten Januar 1994 im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas mehrere Bezirkshauptstädte und das regionale Zentrum San Cristobal militärisch besetzten, war das Staunen groß. Seitdem wird von Seiten der EZLN versucht, mit ihren eigenen Inhalten politisch und medial zu intervenieren, während die Regierung die Militarisierung der Region fortsetzt und paramilitärische Gruppen die zapatistische Basis terrorisieren.

Der Aufstand erntete schnell viel Sympathie. Abgesehen von seiner lokalen und nationalen Bedeutung fiel er zudem in eine Zeit, zu welcher der Siegeszug des Kapitalismus allen Ortes gefeiert wurde. Der hegemonialen Ideologie zufolge, die sich im bekannten „There is no alternative“ ausdrückt, war für soziale Bewegungen in der neuen Gesellschaft kein Platz. Es schien keine Alternative mehr zum neoliberalen Wirtschaftsmodell, zum angeblich alles regulierenden Markt zu geben. Die FSLN in Nicaragua war 1990 von der Bevölkerung abgewählt worden, der mexikanische Politologe und spätere Außenminister Jorge Castañeda hatte kurz zuvor das Ende der revolutionären und bewaffneten Linken proklamiert und die lateinamerikanische Linke bewegte sich zunehmend auf sozialdemokratische Politikmodelle zu. Und plötzlich ein bewaffneter Aufstand, der von einer offensichtlich breiten Basis getragen wurde. Zudem ein indianischer Aufstand. Die Indígenas, auch von der lateinamerikanischen Linken mehr als Objekt paternalistischer „Entwicklungskonzepte“ denn als



<sup>1</sup> FeIS-Intersol, 20.12.2003

handelndes politisches Subjekt betrachtet, übernahmen plötzlich eine führende Rolle in der Neudefinition linker Politik und alternativer Gesellschaftsmodelle. Und es war kein Bitten und kein Betteln, sondern ein klares „Ya basta“ (es reicht), unterstrichen mit Waffen und der absoluten Entschlossenheit nicht mehr zurück zu weichen.

Bewundernswert war die Kommunikationsfähigkeit der EZLN, die Nutzung moderner Techniken wie dem Internet in Verbindung mit der Behauptung indigener Identität und Lebensvorstellungen. Beeindruckend war der Politisierungsschub, den der Aufstand in Mexiko verursachte und der Bewusstseinsprung, der international ausgelöst wurde. Die zentrale Botschaft lautete: Rebellion ist gerechtfertigt und möglich.

Zugleich aber schoss die EZLN nur zwölf Tage lang. Es wird versucht die menschlichen Opfer auf beiden Seiten so niedrig wie möglich zu halten. Stets gilt bei den Zapatistas ein Primat des Politischen und Zivilen vor dem Militärischen.

### **Alles neu machen die Maya?**

Die Konzepte der EZLN sind bei weitem nicht so neu wie oft behauptet. Doch es handelt sich um einen klugen Mix aus neuen und alten Elementen, Erfahrungen, indigenen Gemeinschaftsvorstellungen und vielem mehr.

Einige zentrale Punkte, die auch auf globaler Ebene von Bedeutung für die Linke sind, sollen hier kurz dargestellt werden. Dabei müssen an einigen Stellen auch Missinterpretationen der zapatistischen Ansätze zurechtgerückt werden. Ein Beispiel betrifft die angebliche „Ablehnung der Macht“, wie sie von vielen – vor allem deutschsprachigen – EZLN-Soli-AktivistInnen in die Politik der Zapatistas hinein interpretiert wird. Tatsächlich propagiert die EZLN keine Ablehnung der Macht (was ja auch völlig unsinnig wäre, Machtverhältnisse sind in allen gesellschaftlichen Beziehungen enthalten und „Macht“ als solche kann nicht abgeschafft werden), sondern Vorstellungen zur Dezentralisierung und Demokratisierung von Macht. Mit einer radikalen Machtkritik verknüpft, bricht das zapatistische Modell mit der staatsfixierten linken Tradition, das heißt, mit den alten mechanischen Top-Down-Modellen der traditionellen Kommunistischen Parteien sowie der allermeisten Befreiungsbewegungen.

Das Macht aber keineswegs abgelehnt wird, macht auch der eifrige Aufbau eigener Machtstrukturen deutlich. Dazu gehören nicht nur die im August 2003 als „Juntas der guten Regierung“ ausgerufenen fünf neuen Regionalverwaltungen, sondern auch die Entscheidungs- und Verwaltungsgremien auf lokaler Ebene. Diese Verwaltungsstrukturen werden allerdings nach den Vorstellungen der Basis konzipiert und demokratisch und transparent gehandhabt. In den vergangenen Jahrzehnten wurde dieses Konzept in Lateinamerika poder popular (Volksmacht) genannt.

Der Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen ist eng mit dem zapatistischen Autonomiekonzept verknüpft. „Autonomie“ bedeutet für die Zapatistas einerseits absolute Eigenständigkeit. Andererseits geht es um die Aneignung von Ressourcen und sozialen Räumen, um die eigene Gestaltung der gewünschten Gesellschaft, ohne auf Erlaubnis zu warten. Die EZLN verharrt nicht in Forderungen an den Staat und kämpft nicht um die Eroberung bestehender Strukturen, sondern um „Autonomie“. Die Zapatistas haben stets jegliche Unterstützung vom mexikanischen Staat abgelehnt.

Doch das zapatistische Konzept von „Autonomie“ beschreibt mehr als nur die Verteidigung der Eigenständigkeit und Selbstbestimmung der indianischen Gemeinden. „Autonomie“ als zentrale Forderung und Praxis der verschiedensten sozialen, kulturellen und politischen Realitäten umfasst somit auch das demokratische und gleichberechtigte Nebeneinander von verschiedenen Lebensentwürfen und soll als Bewegung die neue Gesellschaft hervor bringen.

Ein wichtiges Prinzip des zapatistischen Demokratiekonzepts ist das mandar obedeciendo (gehorchend befehlen). Es bedeutet, dass Anweisungen, Befehle und Entscheidungen immer den Willen der





Mehrheit ausdrücken sollen, dass niemand eine Leitungsfunktion in dem Sinne hat, dass er/sie eigenmächtige Entscheidungen trifft, sondern versucht, Ausdruck des Willens der Basis zu sein. So ist beispielsweise die militärische Struktur EZLN in ihrem Handeln dem Revolutionären Klandestinen Indigenarat – Generalkommando (CCRI-GC) unterworfen (von dem, ehrlich gesagt, aber nicht bekannt ist, wie es sich zusammensetzt). Subcomandante Marcos ist dabei nur Sprecher der EZLN und keine Entscheidungsträger. Etwas halbherzig wirkt aber, dass die militärische Struktur die Kontrollinstanz für die zivilen politischen Strukturen spielt und damit letztlich doch eine übergeordnete Funktion haben könnte. Allerdings, und das sollte nicht übersehen werden, spielen in dem Konzept *mandar obedeciendo* auch Disziplin und Unterordnung unter kollektiv getroffene Entscheidungen eine zentrale Rolle.

Die bekannt gewordenen revolutionären zapatistischen Frauengesetze, die von den Frauen allein verfasst und allgemein gültig sind, markieren ebenfalls einen klaren Unterschied zu traditionelleren Politikkonzepten und machen deutlich, dass „Befreiung“ nicht nur gegen „äußere Feinde“ wie Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus, Großgrundbesitzer oder Militär erkämpft werden muss, sondern auch innerhalb der eigenen Realität vorhandene Strukturen hinterfragt und kritisiert werden müssen.

Auch der Bezug auf die indianische Kultur ist nicht als Traditionspflege oder Folklore zu verstehen, sondern als bewusste Entscheidung für gewisse Elemente aus dieser Kultur. Andere, reaktionäre oder repressive Traditionen, wie etwa das Zwangsverheiraten von jungen Mädchen, werden hingegen vehement abgelehnt.

Mit der Integration indigener Elemente in das politische Konzept der EZLN wird nicht nur dem indianischen Erbe und indigenen Lebensweisen Tribut gezollt, sondern auch der übliche gradlinige Entwicklungsbegriff vieler Befreiungsbewegungen hinterfragt, der sich kaum von den kapitalistischen Entwicklungsvorstellungen unterscheidet (nur eben unter anderen Vorzeichen). Die Interaktion zwischen städtischen Linken, die sich in den chiapanekischen Urwald begaben, um eine Guerilla aufzubauen (fünf Männer und eine Frau im November 1983) und der indianischen Landbevölkerung führte zu dem was die EZLN heute ist. Dazu ist aber die „Bereitschaft zuzuhören“, wie es die ZapatistInnen immer wieder betonen, besonders wichtig. Dies setzt wiederum voraus, nicht immer die „Wahrheit“ kennen zu wollen, Prozesse zuzulassen und Meinungen zu ändern. Dieses Verständnis drückt sich auch in der zapatistischen Losung *preguntando caminamos* (fragend gehen wir voran) aus. *Preguntando caminamos* bedeutet, den Weg nicht immer schon genau zu kennen, sondern ihn gemeinsam zu entwickeln.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die EZLN eine andere Sprache gefunden hat, mit der sie kommuniziert: Nicht die hölzerne Sprache der politischen Kommuniqués der 70er Jahre, sondern eine frische Sprache, die mit Bildern und Geschichten arbeitet. Dies hat der EZLN zwar den Vorwurf eingebracht, man gewinne keinen Krieg mit Gedichten, doch haben die ZapatistInnen ihren Kampf und ihre Politik mit der von ihnen verwendeten Sprache vielen Menschen nahe bringen können und zugleich in entscheidenden Momenten auch immer klare Worte gefunden. Doch sei eindrücklich davor gewarnt, die Zapatistas ausschließlich auf der Ebene des Diskurses zu analysieren. Wer das tut, wird enttäuscht werden. Die Grundlage des Konflikts ist eine materielle und kann nicht auf ein Problem des Diskurses reduziert werden. Die Chiapas- Problematik bezieht sich auf die Kontrolle der regionalen Naturressourcen, auf die eine in den Weltmarkt integrierte kapitalistische Ökonomie wie Mexiko nicht einfach verzichten kann. Diese Problematik ist der EZLN bewusst, schließlich hat ja genau der zunehmende Zugriff auf die indianischen Territorien und die fehlenden „Rückzugsmöglichkeiten“ in der durchkapitalisierten Welt den bewaffneten Aufstand als einzig möglichen Weg offengelassen. Denn bis zum Aufstand von 1994 war die indigene Strategie eher die des Rückzugs in entlegene Gebiete, die dem unmittelbaren Zugriff des Kapitals vorerst entzogen sind- doch die gibt es de facto nicht mehr.



### **Aktive Globalisierung von unten**

Von Anfang an hat die EZLN in Mexiko und international immer nach Verbündeten gesucht und zugleich versucht, Bewegungen anzuschließen. Waren es in Mexiko die Nationale Demokratische Konvention (CND), die Consulta (Befragung) über die Zukunft der EZLN, der Nationale Indígena-Rat (CNI), die Zapatistische Front (FZLN), der Marsch der 1.111 Delegierten nach Mexiko Stadt und der Marsch der Comandancia bis ins Parlament, so fungierte die EZLN auf internationaler Ebene als Beschleuniger der Globalisierung von unten. Schon der Aufstand 1994 hatte einen konkreten internationalen Anlass – das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA. In einem kaum bekannten Winkel der Erde erhoben sich Stimmen und Gewehre gegen den Neoliberalismus und durchkreuzten die Pläne des transnationalen Kapitals und ihrer nationalen Interessensvertreter.

Die EZLN ist Geburtshelferin der „Antiglobalisierungsbewegung“; ihre Widerstandsformen erlauben (zumindest seit dem Waffenstillstand) eine Identifikation mit den Zapatistas und ihre Kommuniqués richten sich häufig an eine globale Öffentlichkeit (die meist jedoch eher auf Europa und Nordamerika begrenzt bleibt). Mit der Einberufung eines ersten „intergalaktischen Treffens“ in chiapanekischen Urwald im Jahr 1996 und dem Aufruf zu und der Verwirklichung von kontinentalen Treffen im Jahr 1997, die schließlich in einem weiteren „intergalaktischen Treffen“ im spanischen Staat im gleichen Jahr mündeten, begann sich ein breites Spektrum emanzipatorischer und linker sozialer Bewegungen als „Antiglobalisierungsbewegung“ zu konstituieren. Eigentlich ein von vorneherein falscher Begriff, da die Konstituierung in der „Globalisierung von unten“ begründet liegt. In Anlehnung an den Zapatistischen Diskurs kam es im Anfang 1998 zur Gründung von Peoples Global Action (PGA), als einen weltumspannenden Ansatz der Vernetzung von Basisorganisationen.

### **Zwischen Solibewegung und neuer Politik**

Im deutschsprachigen Raum, und vor allem in Deutschland, ist hingegen in der Linken wenig über Ansätze und Politikformen der Zapatistas diskutiert worden. Kaum sind der Diskurs und die Diskussion der Zapatistas in linke Praxis eingeflossen oder haben diese neu bestimmt. Der Großteil derer, die sich mit Zapatismus beschäftigen, macht dies in Form von klassischer Solidaritätsarbeit. Die Diskussion um die Einbahnstraße unkritische Solidarität und fehlende Kämpfe im eigenen Kontext von Anfang der 90er (in Folge der Wahlniederlage der FSLN in Nicaragua 1990 und des Friedensvertrages der FMLN in El Salvador 1993) schien es nie gegeben zu haben. Eine kritische Solidarität gegenüber den Zapatistas existiert kaum, in der deutschen Linken wird der zapatistische Ansatz entweder mit Nicht-Beachtung gestraft (wie Seitens der dogmatischen Linken und großen Teilen der autonomen Szene) oder völlig idealisiert.

Das zentrale Problem der deutschen Soli-Bewegung liegt genau darin, nur „Soli-Bewegung“ zu sein. Die beste Solidarität liegt darin, eigene politische Kämpfe zu entwickeln und zu führen. Dass die Zapatistas von einer karitativen Haltung, die letztlich auf Mitleid beruht und somit nationale wie internationale Hierarchien reproduziert, nichts halten, haben sie oft genug deutlich gemacht. Die Zapatistas haben sogar das Verhältnis umgekehrt, als Marcos z.B. 500 US-\$ Zeitungshonorar an streikende FIAT-ArbeiterInnen in Italien spendete. Doch die deutsche EZLN-Soliszene, bis auf einige wenige Ausnahmen, bleibt davon unbeeindruckt und weiterhin weitgehend isoliert von politischen Bewegungen und Entwicklungen im eigenen Land. Bezeichnend dafür war z.B. die Unfähigkeit der Vorbereitungsgruppe für das europäische Treffen gegen Neoliberalismus 1997 in Berlin, eine Brücke zu einer der breitesten Berliner Bewegungen der 90er Jahre zu schlagen, dem Sozialbündnis, einem Zusammenschluss von zeitweise bis zu 140 Gruppen und Organisationen, in dem zehntausende Menschen den Widerstand gegen neoliberale Politik auf lokaler Ebene artikulierten. Ebenso wenig schaffte es die Vorbereitung, eine Verbindung zur Berliner Linken aufzubauen. Diese ignorierte wiederum ihrerseits das Treffen hartnäckig.



Die Resistenz in Deutschland gegen eine Beschäftigung mit neuen Impulsen ist breit und in allen Spektren der Linken vorhanden. Für die kleinen Teile, die bereit sind, andere Politikformen an sich heran zu lassen, ist die italienische Adaption des Zapatismus der Disobbedienti (die Ungehorsamen) wichtig, da diese sich ebenfalls in einem westlich-kapitalistisch-urbanem Kontext ansiedelt. In Italien hat es funktioniert, die eigene Politik neu zu bestimmen und eine Übersetzung des Zapatismus für die italienische Situation vorzunehmen. Und dabei geht es den Disobbedienti vorwiegend darum, sich die gleichen Fragen zu stellen und nicht, die gleichen Antworten zu geben.

In Italien wurde die Beschäftigung mit dem Zapatismus als politische Aufgabe vor Ort begriffen. Die Tute Bianche, die mittlerweile in den Disobbedienti aufgegangen sind, hatten Ya Basta, den Zusammenschluss der EZLN-Soligruppen, als organisatorisches Rückrat. Das Ya Basta-Netzwerk brachte sowohl Turbinen nach La Realidad in Chiapas wie es auch konkrete antirassistische Arbeit in Italien organisierte. Dort hat eine Neubestimmung in Diskurs, Praxis und Inhalt stattgefunden und funktioniert. Die italienische Bewegung der Disobbedienti ist daher auch in Mexiko immer wieder in politische Konfrontation gegangen (mit z.B. expliziter politischer Betätigung, die nach mexikanischem Gesetz für Ausländer verboten ist). In Einzelfällen stieß dies auch auf Kritik seitens mexikanischer Linker. Beispielsweise als 300 Tute Bianche als Schutz für die Comandancia den Marsch nach Mexiko-Stadt im März 2001 begleiteten. Dort war es tatsächlich ein Fehler der italienischen GenossInnen, sich schlichtweg der militärischen Struktur der EZLN unterzuordnen und sich nicht um die Vermittlung der eigenen Positionen und des eigenen politischen Handelns zu kümmern. Das wurde auch anschließend selbstkritisch so analysiert. Es spricht aber auch Bände, dass es eine italienische Struktur war, die angefragt wurde und die Fähigkeit hatte, diesen Schutz so zu organisieren.

Doch werden in Italien nicht nur bei den Disobbedienti die Diskurse der Zapatistas rezipiert und die EZLN als interessanter und ernst zu nehmender Weg linker Politik wahrgenommen. Auch im Bereich der Eine-Welt-Gruppen und Alternativstrukturen sieht es ähnlich aus und sogar die Partei Rifondazione Comunista unterhält enge politische Beziehungen zur EZLN, lädt VertreterInnen auf ihre Parteikongresse ein und trifft sich mit Comandantes der EZLN zum Meinungsaustausch - unvorstellbar in der PDS, die es vorgezogen hat sich immer weiter nach rechts zu bewegen und sich bei der Sozialdemokratie anzubiedern, womit sie sich perspektivisch selbst überflüssig macht.

### **Keine Alternative zur Bewegung**

Die Hartnäckigkeit, trotz Scheiterns immer wieder Initiativen und Kampagnen zu starten, um breitere Mobilisierungen zu entwickeln, Bündnisse und Allianzen zu fördern und andere zu eigenen Aktivitäten zu animieren, ist vielleicht auch eine zapatistische Lehre. Die EZLN wiederholte mit dem Congreso Nacional Democrático (CND), der FZLN, den Consultas (Umfragen in ganz Mexiko zu politischen Themen), dem Marsch der 1.111 nach Mexiko Stadt und der Zapatour Anfang 2001 immer wieder den Versuch, mexikowweit etwas in Bewegung zu setzen. Die vielfältigen Versuche der EZLN, die mexikanische Bewegungslinke zu mobilisieren, haben nicht im erhofften Maße gefruchtet. Im Rahmen der Initiativen kam es zwar immer wieder zu einer breiten Mobilisierung, doch ist diese anschließend wieder abgeflaut. Die EZLN hält dennoch daran fest, Massenmobilisierungen und Selbstorganisation zu forcieren und wird sicher in den nächsten Jahren weitere Initiativen in diese Richtung starten. Den Zapatistas ist klar, dass tiefgreifende Veränderungen der mexikanischen Gesellschaft nicht allein in Chiapas möglich sind. Mit landesweiten Mobilisierungen soll zum einen ein politischer Raum geschaffen werden, der angesichts der Bedrohung durch Armee und Paramilitärs für die Zapatistas lebensnotwendig ist. Zum anderen aber geht es vor allem aber darum, eine Bewegung zu schaffen, lokale und regionale Initiativen, Gruppen, Organisationen dazu zu bringen, zusammen zu arbeiten, sich zu vernetzen, an Stärke zu gewinnen.

Letztlich folgt die Logik der Zapatistas der einfachen Erkenntnis, dass es keine Alternative zur Bewegung gibt und diese auch ihren lokalen Ausdruck haben muss. Als Gruppe (FeIS) vertraten wir diese



Ansicht von Beginn an. Da wir selbst Teil des Sozialbündnisses waren, organisierten wir auf dem europäischen Treffen gegen Neoliberalismus 1997 in Berlin einen Workshop über Kämpfe gegen Neoliberalismus und rassistische neoliberale Migrationspolitik in Deutschland. Ebenso nahmen wir 1997 am intergalaktischen Treffen in Spanien teil, um andere über die Situation in Deutschland und unsere politische Arbeit zu informieren... Sowohl persönlich, wie auch als Gruppe haben wir seit Jahren einen regen Austausch mit AktivistInnen aus Mexiko und Chiapas, fahren selbst hin und holen Leute her. Wir haben Projekte in Mexiko unterstützt, begleitet und gefördert, machen aber explizit keine "Solidarität", sondern verstehen unsere Unterstützung als einen revolutionären internationalistischen Beitrag aus unseren eigenen Kämpfen heraus. Das klingt vielleicht etwas pathetisch, soll aber eben die eigene politische Arbeit als Ausgangspunkt für das Zusammenkommen mit anderen Kämpfen unterstreichen. Und genau davon wird der Erfolg oder Misserfolg der EZLN abhängen, von der Stärke einer internationalen antikapitalistischen Bewegung.

## **In der Zwickmühle des Erfolgs**

### **Eine Bilanz des Dritten Weltsozialforums in Porto Alegre**

Von Peter Wahl

Das Dritte Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre hat noch einmal eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr gebracht. Nicht nur quantitativ - die Teilnehmerzahl hat sich auf 100.000 verdoppelt –, auch die politische Außenwirkung und die Sichtbarkeit in den Medien haben noch einmal deutlich zugenommen. Dies ist umso bedeutender angesichts einer politischen Konstellation, die durch einen drohenden Krieg und die immer deutlicher zu Tage tretende Krisenhaftigkeit des Neoliberalismus gekennzeichnet ist. Eine zentrale Botschaft von Porto Alegre war denn auch: die Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten ist gegen diesen Krieg. Das WSF 2003 hat gezeigt, dass die Kräfte gegen Krieg und Neoliberalismus stärker werden. In Kabinetten, Konzernzentralen und einschlägigen Think Tanks wird man zur Kenntnis nehmen müssen, dass die globalisierungskritische Bewegung kein Strohfeder war, sondern ein politischer Faktor, mit dem zu rechnen ist.

#### **Politische Breite nimmt zu**

Die globalisierungskritische Bewegung ist im Laufe des vergangenen Jahres nicht nur zahlenmäßig stärker geworden. Auch ihre politische Zusammensetzung verändert sich. War es zunächst die Linke jenseits der Sozialdemokratie, die bisher die Hauptkraft ausmachte, integrieren sich jetzt auch zunehmend Sektoren, die bisher allenfalls als gemäßigte Kritiker der Globalisierung auftraten. So war die stärkere Präsenz von Gewerkschaften, Kirchen und etablierten Verbänden dieses Jahr in Porto Alegre auffällig. Die politische Basis der Globalisierungskritik wird breiter. Symptomatisch hierfür war auch die deutsche Delegation. Abgesehen davon, dass sich die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr von 100 auf 400 vervierfacht hatte, gab es dieses Mal eine starke Präsenz des DGB. Für die evangelische Kirche war Bischöfin Käßmann angereist, ebenso wie Greenpeace und der Dachverband der entwicklungspolitischen Hilfswerke VENRO. Die stärkste Gruppe bildete freilich nach wie vor ATTAC mit 50 Personen. ATTAC dominierte auch die Medienwahrnehmung in Deutschland. Ob die neue Qualität deutscher Beteiligung wirklich politische Substanz hat, wird sich allerdings noch zeigen müssen, wenn es um die Beteiligung am europäischen Sozialforum (im November 2003 in Paris) und um die Kooperation in der Bundesrepublik geht.

#### **Vielfalt - Stärke oder Schwäche?**

Diese Entwicklung wirft natürlich neue Fragen auf. Wenn die Globalisierungskritik über die Kritik hinausgelangen und reale Veränderungen durchsetzen will, dann wird die klassische Linke allein nicht stark genug sein, auch wenn der Zustrom von vor allem jungen Leuten in linke Organisationen und eine wachsende Attraktivität grundlegender Gesellschaftskritik unverkennbar ist. Mit der Beteiligung neuer Akteure wächst die Pluralität der Bewegung, und die Herstellung politischer Handlungsfähigkeit wird komplizierter. Wird diese Situation entlang der traditionellen Reflexe bearbeitet - hier Angst vor Integration, dort vor Radikalisierung – ist das Weitere abzusehen: machtpolitische Auseinandersetzung um Hegemonie, oder allenfalls eine "friedliche Koexistenz" von ansonsten unverbunden nebeneinander her agierenden Kräften.

Ersteres wird schnell zu den sattsam bekannten zentrifugalen Effekten, sprich Spaltungs- und Verfallsprozessen führen, letzteres zu einem konsequenzenlosen "Markt der Möglichkeiten". Vielfalt als Schwäche also. Eine politische Perspektive jenseits dieses Dilemmas läge darin, Vielfalt zu einer politischen Produktivkraft zu machen. Erste Voraussetzung ist dabei, die unterschiedlichen Positionen als Ausdruck eines objektiv pluralen politischen Feldes zu akzeptieren und die jeweils andere Position nicht als intellektuelles Unvermögen, moralisch minderwertig oder politische Perfidität zu bewerten. Zweitens müsste die Bereitschaft zur diskursiven Bearbeitung der Unterschiede vorhanden sein und zwar so weit wie möglich ohne machtpolitische Hilfsmittel wie Geld, privilegierter Zugang zu Medien



etc. Das heißt, Instrumente, Arbeitsformen und Verfahren innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung zu entwickeln, die Dialog, Diskussion von Kontroversen ermöglichen.

Dies setzt drittens voraus, auf a priori feststehende Wahrheiten zu verzichten, die dem jeweils anderen nur noch beizubiegen sind. Oder wie Fausto Bertinotti, Chef der italienischen Rifundazione Comunista bereits letztes Jahr in Porto Alegre für sein eigenes Lager sagte: "Die politischen Kräfte der Linken, Kommunisten und andere, müssen aufhören in Kategorien ideologischer Überlegenheit und Avantgardismus zu denken und zur Kenntnis nehmen, dass niemand mehr bereit ist ein derartiges ex cathedra zu akzeptieren."<sup>2</sup>

Es geht also um die Entwicklung einer neuen politischen Kultur als Voraussetzung dafür, dass die globalisierungs-kritische Bewegung von einem spontan entstandenen Sammelbecken zu einem ein-griffsfähigen Alternativprojekt zum Neoliberalismus wird.

### **Der Lula-Effekt**

Einiges Anschauungsmaterial dafür, wie dieses Projekt funktionieren könnte, findet sich möglicherweise in der brasilianische Erfahrung. Der Wahlsieg von Lula, der beträchtlich zur internationalen Ausstrahlung des WSF beitrug, verdient es, genauer analysiert zu werden. Er ist nämlich das Resultat eines langen Prozesses der Bildung von Allianzen und des produktiven Miteinanderauskommens unterschiedlicher politischer Strömungen. Die Regenbogenkoalition der PT, der Partei Lulas, muss ja nicht gleich als Modell für den Rest der Welt genommen werden, aber die Tatsache, dass sie es geschafft hat, eine Mehrheit des bevölkerungsreichsten Landes Lateinamerikas hinter sich zu bekommen, sollte uns neugierig darauf machen, wie dieser erstaunliche Erfolg zustande kam.

Allerdings, und hier liegt eine der Schwächen des Dritten Weltsozialforums, hat diese Art von Diskussion noch zu wenig stattgefunden. Eine der rühmlichen Ausnahmen war eine Veranstaltung von "Focus on the Global South" (die Organisation von Walden Bello) und der "Friedrich Ebert Stiftung". Hier saßen erstmals ein Vertreter des IBFG und die argentinischen Piqueteros auf einem Podium und diskutierten miteinander, ebenso wie der internationale Metallarbeiterbund und die ANC-kritische Bewegung gegen die Privatisierung der Wasser- und Elektrizitätsversorgung in den südafrikanischen Townships, oder die brasilianische CUT und eine indische Arbeiterin, die Gewerkschaft als soziale Bewegung jenseits der Apparate begreift. Die Diskussion zeigte zwar eher die Schwierigkeiten auf, als dass greifbare Ergebnisse herauskamen. Mitunter wurde auch einfach aneinander vorbeigeredet. Aber es war der Anfang eines Prozesses, der, wenn er denn konsequent weiter geführt wird, vielversprechend ist.

### **An die Grenzen gestoßen**

Eine soziale Bewegung braucht von Zeit zu Zeit Großveranstaltungen wie das WSF.

Nicht nur wegen der Außenwirkung, sondern auch wegen der identitätsstiftenden Wirkung nach innen. Allerdings hat das WSF 2003 auch die Grenzen solcher Mammutveranstaltungen klar gemacht. So war eine gewisse Tendenz zum Manifestativen und Plakativen unübersehbar. Das heißt nicht, dass nicht auch Großforen mit tausend und mehr Teilnehmern Wissen vermitteln und interessante Diskussionen bieten können. Aber der andere Zweck des WSF, die inhaltliche Auseinandersetzung, die konkrete Vernetzung, die Entwicklung von Alternativen auf partizipativer Grundlage voranzubringen funktioniert natürlich am besten in kleinen Formaten. Zwar haben auch davon mehrere Hundert stattgefunden – viele durchaus mit Erfolg - aber insgesamt haben sich die Gewichte etwas zu den großen Frontalveranstaltungen verschoben.

---

<sup>2</sup> Reinventing Left Politics, Towards a Socialist programme for the Second Globalisation; Speech delivered at the TNI / Transnational Institute's Seminar: Political Visions for the 21st Century; Worlds Social Forum, Porto Alegre 2002.





Hauptursache für diesen Trend war der Ansturm von 100.000 Teilnehmern, der sich natürlich leichter in großen Veranstaltungen auffangen lässt. Hinzu kamen drei Wahlkämpfe in der zweiten Jahreshälfte 2002: kommunal, in der Provinz Rio Grande do Sul und die brasilianische Präsidentschaftswahl. Die organisatorische Infrastruktur der Stadt, ohne die ein solches Großereignis nicht zu machen ist, war damit überfordert, zumal die PT die Provinzwahlen verloren hatte. Da durch den Präsidentenwechsel in Brasilia über 20.000 Beamte ausgewechselt werden und Porto Alegre als Hochburg der PT eine erkleckliche Anzahl von Leuten in die Bundesregierung entsendet, fehlte es plötzlich auch an erfahrener Personal. Aus all diesen Gründen gab es, anders als im Vorjahr, zahlreiche organisatorische Probleme, unter denen die kleinformatischen Veranstaltungsformen überdurchschnittlich litten. Wenn das Risiko der Stagnation bei der inhaltlichen und politischen Entwicklung des Sozialforums vermieden werden soll – ein Problem, das auch beim europäischen Sozialforum in Florenz im vergangenen November bereits sichtbar wurde - muss den kleinformatischen Veranstaltungen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Überlegenswert ist auch, ob nicht ein Zweijahresrhythmus des globalen Forums Sinn macht, alternierend mit den kontinentalen Foren, wie überhaupt über eine Entzerrung und Dezentralisierung nachgedacht werden muss. Letztlich wird das Gewicht der globalisierungskritischen Bewegung nur so groß sein, wie ihre Mobilisierungsfähigkeit im nationalstaatlichen Rahmen und vor Ort.

#### **Nächstes WSF in Indien**

Das nächste WSF wird in Indien stattfinden. Das ist eine kluge Entscheidung. Angesichts der natürlichen Dominanz von Teilnehmern aus dem Gastland einer solchen Veranstaltung ist ein Wechsel auf einen anderen Kontinent eine Bereicherung. Eine Fixierung auf Porto Alegre führt auf Dauer zu Exklusivität, so sympathisch gerade uns Europäern Brasilien auch ist.

Sicher wird das Forum in Indien kleiner sein, aber das kann als Vorteil genutzt werden.

Der kulturell völlig anders gelagerte Kontext in Indien wird andere Sichtweisen, andere Erfahrungen einführen. Es werden dabei sicher auch neue Probleme auftreten. Auf alle Fälle aber wird das WSF 2004 sehr spannend.



## Charta der Prinzipien<sup>3</sup>

### Die Erklärung des Weltsozialforums

Der Ausschuss der brasilianischen Organisationen, der das erste Weltsozialforum, konzipierte und organisierte das vom 25. bis 30. Januar 2001 in Pôrto Alegre/Brasilien stattfand, erachtet es für notwendig und legitim, nachdem er die Ergebnisse dieses Forums und die Erwartungen, die es weckte, ausgewertet hat, eine Charta von Prinzipien aufzustellen, um die kontinuierliche Weiterführung dieser Initiative zu gewährleisten. Während die in dieser Charter enthaltenen Grundregeln, die - von allen zu respektieren, die an diesem Prozess teilnehmen und Neuaufgaben des Weltsozialforums organisieren möchten - eine Verdichtung der Entscheidungen sind, die über der Durchführung des Pôrto Alegre Forums walteten und seinen Erfolg sicherstellten, dehnen sie die Reichweite jener Entscheidungen aus und definieren Orientierungen, die sich aus ihrer Logik ergeben.

1. Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen, und sich im Aufbauen einer planetarischen Gesellschaft engagieren, die auf fruchtbare Verhältnisse innerhalb der Menschheit und zwischen dieser und der Erde engagieren.

2. Das Weltsozialforum in Pôrto Alegre war ein örtlich und zeitlich begrenztes Ereignis. Ab sofort, aus der in Pôrto Alegre proklamierten Gewissheit: "Eine andere Welt ist möglich!" wird das Weltsozialforum ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein, der nicht auf die Ereignisse reduziert werden kann, die ihn unterstützen.

3. Das Weltsozialforum ist ein Weltprozess. Alle Versammlungen und Konferenzen, die als Teil dieses Prozesses abgehalten werden, haben eine internationale Dimension.

4. Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der befohlen wird von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen, die den Interessen jener Konzerne zu Diensten sind, unter der Mittäterschaft nationaler Regierungen. Diese Alternativen sind so gestaltet, dass eine Globalisierung in Solidarität als vorherrschendes neues Stadium in der Weltgeschichte sicher gestellt wird. Dieses wird die allgemeinen Menschenrechte respektieren, die Rechte aller Bürger - Männer und Frauen - aller Nationen, die Umwelt, und sie wird gestützt sein auf demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker.

5. Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern in der Welt nur zusammen und verbindet sie, aber beabsichtigt nicht, eine Institution zu sein, welche die Weltzivilgesellschaft repräsentiert.

6. Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen des Weltsozialforums als einer Institution. Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszudrücken, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein. Die Teilnehmer des Forums werden nicht ersucht, Beschlüsse als Institution zu treffen, weder durch Wahl noch durch Zuruf, über Erklärungen oder Anträge für Aktionen, die alle oder die Mehrheit binden würden, die Vorschläge als etablierende Positionen des Forums als Institution anzunehmen. Folglich stellt es weder einen Ort der Macht dar, über den von den Teilnehmern auf dessen Treffen zu diskutieren wäre, noch

---

<sup>3</sup> genehmigt und angenommen in São-Paulo am 9. April 2001 durch die das Organisationskomitee des Weltsozialforums bildenden Organisationen, genehmigt mit Änderungen durch den internationalen Rat der Weltsozialforums am 10. Juni 2001



beabsichtigt es, die einzige Option für die Wechselbeziehungen und Aktivitäten der Organisationen und Bewegungen, die an ihr teilnehmen, festzusetzen.

7. Nichtsdestotrotz muss Organisationen oder Gruppen von Organisationen, die an den Treffen des Forums teilnehmen, das Recht zugesichert werden, während solcher Treffen, Erklärungen oder Aktionen zu beratschlagen, über die sie, einzeln oder in der Koordination mit anderen Teilnehmern, beschließen können. Das Weltsozialforum beabsichtigt, solche Beschlüsse mit den ihm zur Verfügung stehenden Verteilungsmitteln weiter zu verbreiten, ohne sie zu lenken, zu hierarchisieren, zu kritisieren oder einzuschränken, sondern als Ergebnisse der Organisationen oder der Gruppen von Organisationen, welche die Beschlüsse getroffen haben.

8. Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächelter, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und nicht-parteiischer Zusammenhang, der auf dezentralisierte Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.

9. Das Weltsozialforum wird immer ein Forum sein, das offen ist für Pluralismus, Vielfältigkeit der Aktionen und Arten des Engagements der Organisationen und der Bewegungen, die sich entscheiden, an ihm teilzunehmen, sowie für Vielfalt der Geschlechter, der Ethnien, der Kulturen, der Generationen und der physischen Kapazitäten, vorausgesetzt sie halten sich an die Prinzipien dieser Charta. Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charter annehmen, können als Einzelpersonlichkeiten eingeladen werden.

10. Das Weltsozialforum widersetzt sich allen totalitären und reduktionistischen Ansichten der Wirtschaft, der Entwicklung und der Geschichte, und dem Einsatz von Gewalttätigkeit als Mittel der Sozialsteuerung durch den Staat. Es unterstützt Respekt für die Menschenrechte, die Praxis echter Demokratie, partizipatorische Demokratie, friedliche Beziehungen in Gleichheit und Solidarität zwischen Menschen, Ethnien, Geschlechtern und Völkern, und verurteilt alle Formen von Herrschaft und jede Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen.

11. Als ein Diskussionsforum ist das Weltsozialforum eine Bewegung von Ideen, die zur Reflexion auffordern, und der transparenten Zirkulation der Ergebnisse dieser Reflexion, über die Mechanismen und Instrumente der Herrschaft durch Kapital, über die Mittel und Aktionen dieser Herrschaft zu widerstehen und sie zu überwinden, und über die vorgeschlagenen Alternativen zur Lösung des Problems des Ausschlusses und der sozialen Ungleichheit, das der Prozess der kapitalistischen Globalisierung mit seinen rassistischen, sexistischen und Umwelt zerstörenden Dimensionen international und innerhalb von Ländern schafft.

12. Als ein Rahmen für den Austausch von Erfahrungen ermutigt das Weltsozialforum das Verständnis und die gegenseitige Anerkennung unter seinen teilnehmenden Organisationen und Bewegungen, und legt speziellen Wert auf den Austausch unter ihnen, besonders über alles das, was die Gesellschaft aufbaut, um die wirtschaftlichen und die politischen Aktivitäten dahin zu konzentrieren, dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und die Natur respektieren, sowohl innerhalb der gegenwärtigen als auch für zukünftige Generationen.

13. Als ein Zusammenhang von Wechselbeziehungen versucht das Weltsozialforum nationale und internationale Verbindungen unter Organisationen und Bewegungen der Gesellschaft zu verstärken und neue zu schaffen, welche - sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich die Fähigkeiten zum gewaltfreien sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt zur Zeit durchläuft, zu erhöhen und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt, und welche die humanen Maßnahmen verstärken, die durch die Aktionen dieser Organisationen und Bewegungen ergriffen werden.



14. Das Weltsozialforum ist ein Prozess, der seine Teilnehmerorganisationen und -bewegungen anregt, ihre Tätigkeiten in die Zusammenhänge von lokalen bis nationalen Ebenen hinein zustellen, und aktive Teilnahme im internationalen Kontext zu suchen, als Anliegen einer planetarischen Staatsbürgerschaft, und in die globale Agenda ihre Veränderung hervorbringenden Praktiken, mit denen sie experimentieren, eine neue Welt in Solidarität aufzubauen, einzubringen.

## Suchprozesse emanzipativer Politik<sup>4</sup>

### Resonanzen des Zapatismus in Westeuropa

Von Ulrich Brand und Joachim Hirsch

Der Protest und Widerstand gegen die neoliberale Gesellschaftstransformation sowie die schwierige Suche nach Alternativen sind eng verbunden mit den mexikanischen Zapatisten. Diese Einschätzung wird heute auch in Europa von vielen geteilt. Mit als ersten und auf eine ungemein originelle Weise ist es ihnen seit dem 1. Januar 1994 gelungen, in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung darauf aufmerksam zu machen, dass sich auch Widerstände und Alternativen in gewisser Weise globalisieren müssen.

Vergegenwärtigen wir uns die damalige Situation: Nach dem Fall der Berliner Mauer gewann nicht nur die in den 80er Jahren begonnene neoliberal-kapitalistische Globalisierung eine noch stärkere Dynamik. Im Zusammenhang damit erstarkten gerade in den wohlhabenden westeuropäischen Ländern nationalistische, rassistische und wohlstandschauvinistische Bewegungen. Linke Kritiken waren meist defensiv und richteten sich gegen die Auswüchse aktueller Entwicklungen, etwa im Zusammenhang von Migration und Rassismus oder der wachsenden Arbeitslosigkeit. Nicht mehr eine öffnende Perspektive, sondern die Verteidigung erreichter sozialer Standards dominierte. Zudem ließen sich große Teile der Gewerkschaften auf das Projekt der Globalisierung ein, indem sie zuvorderst die Interessen der Kernbelegschaften in den weltmarktorientierten Unternehmen vertraten. Marco Revelli nannte dies die Durchsetzung einer quer zu den traditionellen Klassenspaltungen liegenden „horizontalen Konfliktachse“. Nicht mehr so sehr die „vertikalen“ (Klassen-)Verhältnisse wurden als konfliktiv wahrgenommen, sondern eher der „Kampf“ des eigenen lokalen und nationalen Wirtschaftsstandortes oder der eigenen Gruppe gegen andere. Die Zapatisten gehörten zu den ersten, die dagegen wieder eine vertikale Perspektive zu stärken und praktisch zu verfolgen versuchten, ohne dabei einfach auf den traditionellen Klassenbegriff zurückzufallen. Zwar ist es ihnen gelungen, in Europa – vor allem in den emanzipativen sozialen Bewegungen, aber auch darüber hinaus – positive Resonanzen zu erzeugen. Die Auswirkungen auf die politischen Diskussionen und Praktiken blieben besonders in Deutschland allerdings eher beschränkt. Das ist nicht ganz verwunderlich, weil natürlich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in Europa andere sind. Zunächst blieb eine „internationale Solidarität“ traditionellen Musters vorherrschend. Sie war wichtig, weil nicht zuletzt die starke internationale Resonanz und Unterstützung dazu beigetragen hat, dass die zapatistische Bewegung nicht unmittelbar militärisch ausgelöscht wurde. Aber von einer politisch-sozialen Bewegung, die den zapatistischen Ansatz unter den hiesigen Bedingungen aufgenommen hätte, kann man kaum sprechen. Es gab in Deutschland – im Vergleich zur Solidarität mit Nicaragua oder Cuba – nur wenige Gruppen, die sich intensiv mit den Ereignissen in Chiapas auseinandersetzen. In Italien und Spanien sah das ganz anders aus; dort wirkten die Zapatisten sehr viel stärker auf politische Diskussionen und Organisationsprozesse.

Dennoch hat der Aufstand auch in Ländern wie Deutschland dazu beigetragen, die linke Diskussion, die Politikkonzepte und die Vorstellungen gesellschaftlicher Emanzipation zu verändern. Durchaus im Sinne der Zapatisten sickerten in einer eher vermittelten Weise langsam einige Aspekte in die politischen Diskussionen und Praktiken ein. Deutlich wird dies beispielsweise am Leitspruch der Attac-Bewegung „Eine andere Welt ist möglich!“, der von den Zapatisten übernommen wurde, ohne dass dies bewusst ist.

Die etablierte akademische Diskussion, auch die „linke“, soweit es sie noch gibt, war davon wenig berührt. Das hängt mit dem Zustand der akademischen Sozialwissenschaften insgesamt zusammen, die in einer fatalen Weise von einem „Theorie-Mainstreaming“ geprägt sind. Ein Grund dafür ist, dass

---

<sup>4</sup> aus: DAS ARGUMENT 253/2003



nach dem Ende der sozialen Protestbewegungen in den 80er Jahren der Bezug zu alternativen Orientierungen und Praktiken immer mehr verloren ging. Dies hat dazu geführt, dass zwischen den theoretischen Bemühungen der neuen Bewegungen und denen der akademischen Sozialwissenschaften nur noch geringe Berührungspunkte bestehen. Die dabei oft feststellbare Theorieskepsis ist durchaus nicht ungerechtfertigt, haben doch auch linke Konzeptionen oft eher den Charakter von „Ordnungs“- als von „Befreiungs“-Theorien. Eine Bewegung ohne Theorie wäre allerdings ein Unding. Die Frage ist, was man darunter versteht. Man muss sich auf jeden Fall davor hüten, Theorie als Ausdruck unverrückbarer Wahrheiten zu betrachten. Theoriearbeit ist zunächst einmal Auseinandersetzung und Kritik. Richtig verstandene Theorie ist ein Akt gemeinsamer Erkenntnis und Orientierung, der sich auf die Erfahrungen der Beteiligten bezieht und die Vorläufigkeit ihrer Aussagen immer in Rechnung stellt. Intellektuelle können dabei eine wichtige Rolle spielen.

### **Zapatistische Anregungen**

Wir skizzieren nun einige zapatistische Anregungen für linke Zusammenhänge in Westeuropa, wobei unser Hintergrund zunächst einmal die deutsche Diskussion ist. Unmittelbar beeindruckend war die ungewohnte Sprache, mit der der EZLN an die Öffentlichkeit ging, seine besondere Art der Vermittlung theoretischer und politisch-strategischer Überlegungen mit dem kulturellen und historischen Kontext sowie das Fehlen des abgenutzten revolutionären Jargons. Theoretisch und politisch war vor allem die Art und Weise des Umgangs mit der Macht wichtig; die Verabschiedung der traditionellen Konzepte einer Übernahme der Staatsmacht; die Betonung des politischen Kampfs gegenüber dem militärischen; der ganz andere Begriff von Subjektivität, die mit dem Begriff der Würde verbundene Vorstellung, dass sich die Menschen im Prozess der Revolte selbst verändern und entwickeln müssen, und zwar in der praktischen Gestaltung ihres Lebens. Wichtig war, dass hier ein Konzept von Zivilgesellschaft entwickelt wurde, das im Kontrast zu den Diskussionen hierzulande stand. Nach 1989 hatte der Begriff innerhalb des linksliberalen Spektrums eine beachtliche Konjunktur; er vermittelte die Vorstellung, dass es möglich sei, die kapitalistische Gesellschaft innerhalb der bestehenden ökonomischen und politischen Strukturen zu „zivilisieren“. Die bestehende Zivilgesellschaft wurde dabei ungeachtet der sie durchziehenden Ausbeutungsverhältnisse und Machtstrukturen als demokratisch angesehen. Dies bedeutete eine Orientierung an der früh-bürgerlichen Theorie mit ihrer unvermittelten Entgegensetzung von demokratischer „civil society“ und staatlicher Herrschaftsapparatur.

Die Zapatisten verstehen unter „sociedad civil“ vor allem die um Emanzipation ringenden Menschen, wozu in den 90er Jahren auch viele gehörten, die „nur“ um eine Emanzipation von der Staatspartei PRI kämpften. Sie verwenden also zunächst einmal auch einen „bürgerlichen“ Begriff von Zivilgesellschaft. In Mexiko wirkte in einer konkreten historischen Situation – das von vielen ersehnte Ende der 70-jährigen Einparteiherrschaft – dieses strategisch eingesetzte Verständnis durchaus politisierend. Zugleich hatte der Begriff bei den Zapatisten immer etwas darüber Hinausweisendes, denn er lenkte den Blick auch auf die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, aus denen sich die rebellierenden Indigenen befreien wollen (zur Unschärfe des Begriffs vgl. auch Atilio Boron). Durch ihre praktische Kritik an bürgerlichen Vorstellungen ermöglichten die Zapatisten die Wiedergewinnung eines kritischen Begriffs. Antonio Gramscis Theorie, in der die bestehende „società civile“ als Bestandteil der bürgerlichen Herrschaftsapparatur, als Teil des „integralen Staats“ charakterisiert wurde, konnte so als Diagnose der gegenwärtigen Verhältnisse rehabilitiert werden. Folgt man Gramsci, dann ist die bestehende „Zivilgesellschaft“ viel weniger „zivil“, als mit dem Begriff suggeriert wird. Sie ist der bevorzugte Ort, an dem sich bürgerliche Klassenhegemonie herausbildet und stabilisiert wird. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Kampffeld, auf dem um alternative hegemoniale Konzepte gerungen wird.“ Alle reden von ziviler Gesellschaft. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern“, wie später in einem ganz treffenden Slogan formuliert wurde. Dass das nicht mehr nur eine Angelegenheit von Schreibtischarbeit



und Theoriediskussionen war, sondern dass Menschen daran gingen, so etwas praktisch zu verwirklichen, machte Mut und Hoffnung.

### **Zapatisten und Globalisierungskritik**

Die zapatistische Bewegung bildet eine interessante Folie für die Einschätzung der aktuell sich herausbildenden globalen sozialen Bewegungen. Dabei geht es vor allem darum, inwieweit ein von Chiapas und Mexiko ausgehendes und sich weltweit in Bewegungen und kritischen Öffentlichkeiten ausbreitendes zapatistisches Politikverständnis Resonanzen und Weiterentwicklungen erzeugt. Es gibt keine „zapatistischen Wahrheiten“, sondern eben Anregungen, die in je spezifischen Kontexten und Diskussionen wirken können.

Eine wichtige Anregung betrifft das Verständnis vom und den Bezug zum Staat. Die Staatsfixierung vieler Globalisierungskritiken ist teilweise mit der erwähnten Defensive der Linken in den 90er Jahren erklärbar. Die weltpolitischen Umwälzungen, der Zusammenbruch des Staatssozialismus und der damit verbundene Niedergang radikaler Protestbewegungen hatte eine Reorientierung an den herrschenden Mustern von Politik zur Folge. Gleichwohl ist diese Staatsfixierung zumindest verkürzt, denn der Staat steht – entgegen der Rhetorik sozialdemokratischer Intellektueller – nicht gegen den Markt, sondern ist dessen Bedingung. Der kapitalistische Staat sichert die Eigentumsverhältnisse und die rechtlichen Regeln, die das Funktionieren des Marktes überhaupt erst möglich machen. Die Alternative Markt und Staat – der Staat als die Instanz, die gegen die Kräfte des Marktes, d.h. die Zwänge des kapitalistischen Verwertungsprozesses eingesetzt werden kann, was etwa in großen Teilen des Attac-Spektrums suggeriert wird – entspricht nicht der Realität. In den aktuellen Bewegungen besteht zudem eine sehr reale Gefahr, dass der „großen „ Politik der Vorrang gegeben wird, gar noch der internationalen vor der nationalen und lokalen. Dabei werden „kleinteilige“, d.h. nicht-staatliche, gegeninstitutionelle und alltägliche Praxen sowohl für die Reproduktion hegemonialer Herrschaft wie auch für deren Infragestellung als weniger wichtig erachtet.

Tatsächlich ist der Staat nicht einfach ein Instrument der herrschenden Klasse(n). Nicos Poulantzas folgend kann man ihn als eine in spezifische institutionelle Formen gegossene Verdichtung von sozialen Kräfteverhältnissen betrachten, was zugleich heißt, dass seine Apparatur ein politisches Kampffeld darstellt. Forderungen an staatliche Instanzen und auf staatliche Politik gerichtete Kämpfe haben deshalb durchaus einen Sinn. Es gilt dabei nur zu beachten, dass kapitalistische (Klassen-) Herrschaft und die ihr zugrunde liegende Produktionsweise nicht mittels staatlicher Politik aufgehoben werden können. Der Staat beruht auf kapitalistischen Verhältnissen und bleibt auf deren Erhalt angewiesen, ist finanziell und legitimatorisch an das Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie gebunden.

Auch wenn sich emanzipative Politik staatskritisch versteht, steht sie vor dem Dilemma, dass sie sich dem Bezug auf den Staat als Garant von Rechten und als Institutionalisierung sozialer Kräfteverhältnisse nicht entziehen kann. Dies wurde in Mexiko jüngst beim Versuch deutlich, ein Gesetz zu indigenen Rechten und Kultur durch das Parlament zu bringen. Dies hätte enorme, sowohl materielle als auch politisch orientierende Wirkungen für die Indigenen, aber auch für deren öffentliche Wahrnehmung und den Umgang mit ihnen haben können. Zugleich sollte der Staat – die Zapatisten sprechen hier von Regierung – als zentrale Herrschaftsapparatur grundlegend verändert werden. Die Antwort der Zapatisten auf das Scheitern der von ihnen angestrebten Verfassungsänderung im Frühjahr 2001 war für viele überraschend, aber folgerichtig: Sie zogen sich über eineinhalb Jahre aus jeder öffentlichen Diskussion zurück, zu der sie zu diesem Zeitpunkt nichts mehr beizutragen hatten, um sich auf den Aufbau autonomer Gesellschaftsstrukturen zu konzentrieren, die ihnen in ihrem spezifischen Kontext als adäquat erscheinen. Im August 2003 stellten sie die nach langen Diskussionen entwickelten eigenen Repräsentationsstrukturen bei einem Fest mit 20 000 Teilnehmern vor. Es gibt seither 30 „autonome rebellische Landkreise“, die etwa ein Drittel des Gebietes von Chiapas umfassen, und dort mit den „Räten der guten Regierung“ (Juntas del Buen Gobierno; entgegen der als „mal gobierno“

bezeichnete staatlichen Regierung) den zivilen Zapatismus repräsentieren. Die Guerilla will sich auf eine Verteidigungsfunktion zurückziehen. Zudem wurden die nach dem Aufstand 1994 eingerichteten fünf überregionalen Treffpunkte (sog. Aguascalientes) in autonome Regionalräte umgebildet, die vor allem die Probleme innerhalb und zwischen den Gemeinden, ob zapatistisch oder nicht-zapatistisch, angehen sollen. Die entstehenden eigenen politischen Strukturen werden als Caracoles (Schneckenhäuser) bezeichnet, was als Metapher der spiralförmigen Ausdehnung der indigenen Regierungsformen verstanden werden kann. Diese Caracoles stellen die bislang deutlichste Infragestellung der etablierten staatlichen Strukturen dar.

Die Perspektive bleibt weiterhin, dass es nicht nur darum geht, von der Regierung Rechte zugesprochen zu bekommen, sondern vom Staat die Absicherung veränderter Lebensverhältnisse zu fordern. Dabei spricht der EZLN auch offen die Widersprüche dieses Projektes an. Denn in vielen Regionen bedeuten autonome Strukturen den Verzicht auf staatliche Unterstützung, was angesichts der großen Armut vielfach Probleme bereitet. Ein anderer dramatischer Widerspruch bleibt –angesichts der Militarisierung von Chiapas durch staatliche und paramilitärische Truppen –die Defensivhaltung des EZLN. Obwohl die Repression stark ist, immer wieder Zapatisten ermordet werden und über ein Eingreifen der bewaffneten Guerilla Morde teilweise verhindert werden könnten, verweigert sich der EZLN der militärischen Logik.

Wenn oben die häufige Fixierung auf die „große“ (staatliche) Politik kritisiert wurde, so sind die Zapatisten demgegenüber ein gutes Beispiel, wie lokale Lern- und Organisationsprozesse sich ausweiten und weitere Kämpfe in ihren jeweiligen spezifischen Kontexten anregen können. Insofern könnte man hier exemplarisch von „lokalem“ Widerstand sprechen. Die Zapatisten waren sich der breiter politisieren den Wirkung von konkreten Forderungen – etwa an Regierung und Parlament – sehr bewusst, gleichwohl sehen sie die Notwendigkeit, „kulturrevolutionär“ darüber hinaus zu gehen. Im Gegensatz zu den Zapatisten bestätigen viele politische Ansätze im europäischen Raum durch ihre Beschränkung auf inhaltliche Kritik (etwa an der ungenügenden Regulierung der Finanzmärkte) gerade die herrschenden Formen der Politik. Überspitzt ausgedrückt: Der Staat und die Regierung sollen es am besten per Machtwort richten. Der bürgerliche, auf stellvertretender Interessenwahrnehmung und der Trennung von „privat“ und „öffentlich“ beruhende Politikbegriff wird dabei nicht in Frage gestellt, sondern reproduziert: Politik ist das, was in Staat, Parteien und –die Zivilgesellschaft nicht zu vergessen – Verbänden geschieht, Probleme sind möglichst effizient „zu lösen“ und „politikfähige“ Konzepte sind zu entwickeln. Dahinter stehen technokratische Politikvorstellungen, in denen scheinbar objektiv vorhandene Probleme technisch zu bearbeiten sind. Schon mit der Logik dieser Herangehensweise gilt es sich aus „zapatistischer“ Perspektive kritisch auseinander zu setzen. Allerdings hat ein regionaler und die Veränderung von Alltagsverhältnissen fokussierender Ansatz Grenzen. Denn auch die lokalen Lebensverhältnisse werden neben der Militarisierung durch andere „große“, d.h. derzeit neoliberale Politiken –etwa die Durchsetzung großer Investitionsvorhaben –massiv beeinflusst. So gelang es dem EZLN und anderen Gruppen bislang nicht, einen mehrere Milliarden US-Dollar umfassenden Entwicklungsplan für Industrieansiedlungen, Infrastrukturentwicklung und Ressourcenausbeutung zu stoppen.

Die Schwierigkeit besteht also darin, Politik in Bezug auf den Staat zu machen, ohne sich dabei selbst in staatlichen Formen zu bewegen und damit tatsächlich Herrschaft zu reproduzieren. Es geht um die praktische Realisierung eines Politikbegriffs, der sich vom herrschenden bürgerlichen und etatistischen radikal unterscheidet. Die Zapatisten geben hier durch ihren klugen strategischen Umgang mit Staat und Öffentlichkeit interessante Anregungen.

Die Zapatisten in Chiapas stehen vor einem weiteren Dilemma: Unter (para-) militärischem Dauerdruck und angesichts einer sich weniger als erhofft politisierenden mexikanischen Gesellschaft hat sich der EZLN seit Ende der 90er Jahre immer stärker auf die Thematisierung indigener Rechte konzentriert. Dies könnte als „strategische Identitätspolitik“ bezeichnet werden. Gleichwohl laufen sie da-



mit Gefahr, dass die Gegenseite – insbesondere der Staat und die gegen die Zapatisten eingestellte Öffentlichkeit – die Aufständischen auf die indigene Identität festnagelt und ihnen den Anspruch auf umfassende Gesellschaftsveränderungen abspricht. Ähnliches könnte auch den sich gegenwärtig konstituierenden globalen sozialen Bewegungen geschehen. Bei aller Heterogenität hält sie als identitätsstiftendes Moment die Kritik an den gegenwärtigen Zuständen zusammen, und die Gefahr besteht darin, von herrschender Politik und Medien dauerhaft auf diesen Platz der Kritik verwiesen zu werden – als eine Art Problemindikator, der anzeigt, was dann wie gehabt von Staat und Kapital „gelöst“ werden soll.

Deutlich wird insgesamt: Emanzipative Politik „geht“ nicht schnell – wenngleich „Sprünge“ vor allem auf der symbolischen Ebene und im medial geförderten Selbstbewusstsein unverzichtbar sind. Deswegen sind der Aufstand in Chiapas und die Proteste in Seattle und Genua als international wahrgenommene Ereignisse wichtig. In überwiegendem Maße ist gesellschaftliche Veränderung in emanzipativer Absicht jedoch komplizierter und muss an die alltägliche Praxis in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen rückgebunden werden. Denn meist wird unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen und sozialisatorischen Ebene überaus erfolgreich war, dass seine Herrschaft ganz wesentlich darauf beruht, dass seine Denkweisen und Verhaltensformen sich tief in den (meisten) Subjekten festgesetzt haben. Die Zapatisten bieten auf diesem Gebiet viele Anregungen. Die „Übersetzungsarbeit“ muss jedoch in den je spezifischen Kontexten geleistet werden. Die Zapatisten sind, einem eigenen Ausdruck zufolge, Katalysator. Das scheint ein geeigneter Begriff, denn sie regen an, eigene Praxen zu überdenken, sie motivieren, weil es „am Ende der Geschichte“ noch dynamische emanzipative Bewegungen gibt, sie binden ein, ohne Vorgaben zu machen. Mehr noch – und hier liegt eine vielleicht bislang unterschätzte Neuerung: Das radikale Denken und Handeln der Zapatisten wird gerade nicht im Sinne einer Wahrheitsproduktion verbreitet. Sie versuchen eine andere Sprache, einen anderen Ton zu finden, der nicht „Wahrheiten“ verkündet, sondern oft auf Paradoxien verweist und sich über Macht lustig macht. Auch das bedeutet die Formel „preguntando caminamos“. Paradox ist beispielsweise die Antwort auf die Frage, „wer denn nun hinter der Maske des Sub steckt“. Sie besteht in der Aufforderung, „doch bitte schön in den Spiegel zu sehen“. „Todos somos Marcos“ (Wir alle sind Marcos). Und subversiv ist die Aussage, dass wenn es sich bei der Globalisierung um einen unvermeidlichen Prozess handle, der wie die Schwerkraft nicht außer Kraft zu setzen sei, dann eben die Schwerkraft außer Kraft gesetzt werden müsse.

In den sozialen Bewegungen gibt es gegenwärtig, wenngleich nicht dominierend, ein wachsendes „hegemoniethoretisches“ Verständnis von sozialer Herrschaft, wozu die Zapatisten durchaus beigetragen haben. Insbesondere die relative Stabilität neoliberaler Verhältnisse und ihre Verankerung im Alltag sowie deren nicht zuletzt „alltagspolitische“ Veränderungen rücken bei zunehmend mehr Aktivist\*innen ins Blickfeld.

### **Kampf um Begriffe**

Öffentliche Aufmerksamkeit über ein enges linkes Spektrum hinaus ist zweifellos wichtig, damit sich Bewegungen konstituieren, Legitimität und numerische Stärke gewinnen. Kämpfe von Bewegungen sind zudem immer auch Kämpfe um Begriffe. Sie greifen die herrschenden Deutungsmuster an und versuchen, den von ihnen unterdrückten und unsichtbar gemachten Interpretationen von Wirklichkeit Anerkennung zu verschaffen. Hier spielen Intellektuelle eine wichtige Rolle, wobei allerdings heute kritisches Denken immer weniger von akademischen Intellektuellen formuliert wird, sondern von jenen aus NGOs und Bewegungen. Der EZLN mit ihrem Sprecher Marcos wurde auf diese Weise zu einem überragenden „Intellektuellen“ für die Generierung eines rebellischen Bewusstseins und die Organisation transnationalen Widerstands in scheinbar aussichtslos neoliberalen Zeiten. Gerade aus dieser Perspektive ist das 1996 in Chiapas veranstaltete interkontinentale Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft mit 3 000 Teilnehmern aus aller Welt kaum zu unterschätzen.

Hier inspirierte sich eine neue politische Generation, die in späteren Protesten wie in Seattle ihren Ausdruck fand.

Der Kampf um Begriffe und damit der Wahrnehmung von Welt und eigenen Handlungsmöglichkeiten bedarf organisatorischer Voraussetzungen. Einen Hinweis darauf bietet die Tatsache, dass der „Sieg“ des Neoliberalismus durch entsprechende Think-tanks langfristig vorbereitet worden war, längst bevor die Krise des fordistischen Nachkriegskapitalismus die ökonomischen, sozialen und politischen Voraussetzungen dafür geschaffen hatte. Jackie Smith spricht in ihrer kenntnisreichen Analyse der Proteste von Seattle von „transnational social movement organizations“ (TSBO), die das Rückgrat der internationalen Proteste bilden. Sie sind in den 90er Jahren entstanden und antworteten auf die internationale neoliberale Wirtschaftspolitik. Das „International Forum on Globalization“ (gegründet 1994) oder das „Third World Network“ (1984 gegründet) werden als „Kaderorganisation“ und „paradigm warriors“ bezeichnet, denen es um öffentliche Kritik am neoliberalen Paradigma und um grundsätzliche Alternativen geht. Alternative Expertise, Organisationserfahrung und Identitätsbildung werden eher von formalisierten Bewegungszusammenhängen beigetragen. Hier liegt auch die Bedeutung kritischer NGOs. Gleichzeitig sind laut Smith „extra-movement“ Gruppen wichtig, etwa Kirchen oder Berufsverbände, die zwar in der Regel weniger weitreichende Ziele hätten, aber für breitere Beteiligung und Legitimität sorgten.

Allerdings bestehen auch hier einige Ambivalenzen: Demokratie, Freiheit oder Gerechtigkeit sind schöne Begriffe, die den Nachteil haben, dass sehr Unterschiedliches unter ihnen verstanden werden kann. Immerhin haben wir erlebt, dass die USA und Großbritannien unter solchen Labels Angriffskriege führen. Wenn man die Begriffe so allgemein verwendet, entsteht die Gefahr, dass sie politische Gemeinsamkeiten suggerieren, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Deshalb ist es notwendig, die Begriffe mit konkretem Inhalt zu füllen, und dies wird zweifelsohne Kontroversen mit sich bringen. Derartige Auseinandersetzungen werden aber, wenn sie nüchtern und solidarisch geführt werden, die politische Kraft und die öffentliche Resonanz auf längere Sicht verstärken. Der Begriff der „De-Globalisierung“ ist ebenso schwammig. Zu Recht ist immer darauf hingewiesen worden, dass sich die globalisierungskritische Bewegung nicht gegen Globalisierung als solche wendet, sondern gegen ihre herrschende Form. Bislang wird in Europa Kapitalismuskritik zu stark auf negative Folgewirkungen beschränkt, weswegen sie hochgradig anschlussfähig bleibt für den liberalen Mainstream. Das macht bestimmte Kritikmuster und Handlungsvorschläge auch in einer breiteren Öffentlichkeit attraktiv, droht aber Enttäuschungen nach sich zu ziehen.

Zudem besteht die Gefahr, dass öffentliche Aufmerksamkeit mit gesellschaftlichen Veränderungen verwechselt wird. Natürlich geht es bei politischen Auseinandersetzungen immer auch um Begriffe, Interpretationen und Sichtweisen. Man sollte aber berücksichtigen, dass Diskurse eine materielle Basis haben, die in den herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Praktiken zu finden ist. Das heißt, dass es eben auch und ganz zentral darum geht, diese zu verändern. Das bezieht sich auf den ganzen Komplex der herrschenden Lebensweisen, die Produktions- und Arbeitsformen, die Geschlechterverhältnisse und Konsumnormen und nicht zuletzt auch auf Formen politischer Organisation, die die bestehenden Herrschaftsverhältnisse nicht einfach reproduzieren. Geschieht auf dieser Ebene nichts, dann wird auch keine „Diskurshoheit“ – was immer das sei – zu erreichen sein, sondern bestenfalls vorübergehende Medienresonanz.

Es gilt also die Erfahrung ernst zu nehmen, dass die Fermente einer anderen Gesellschaft in komplizierten Lern- und Erfahrungsprozessen liegen. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und anerkannte Sprecher kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der „Politik in der Manege“ (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden. Zudem wurde nach Genua die Gefahr deutlich, die dann entsteht, wenn man sich die Stichworte der eigenen Debatte von etablierten Medien vorgeben lässt. Die Diskussionen beispielsweise zum Stellenwert von Militanz sind zweifellos wichtig, es



wird aber manchmal zu schnell der Empörung der bürgerlichen Medien nachgegeben. So zum Beispiel der Annahme, dass Militanz per se etwas Anstößiges und dem politischen Ziele Schädliches sei. Damit werden auch ziviler Ungehorsam und kalkulierte direkte Aktion delegitimiert. Die Zapatisten, von vielen Linken vorschnell als Medienhype oder als längst nicht mehr interessante „Politiker im Wartestand“ abgetan, sind ein Musterbeispiel politischer Klugheit, wenn es darum geht, die überragende mediale Aufmerksamkeit gerade nicht mit der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, materieller Verteilungsrelationen usw. zu verwechseln.

### **Konkrete Alternativen?**

Derzeit wird in Europa, auch als Strategie der Delegitimierung des Protests, zunehmend die Frage gestellt, was denn bei aller berechtigter Kritik die konkreten Alternativen der Protestbewegungen seien. Aber auch innerhalb der Bewegungen haben viele Menschen den Wunsch, klarer zu sehen, für was sie kämpfen. Eine wichtige Perspektive in Europa besteht darin, dem neoliberal-kapitalistischen Modell ein anderes entgegenzustellen, um damit an Glaubwürdigkeit und Kampfkraft zu gewinnen. Am prominentesten sind hier keynesianische Konzepte, die auf verändertes Staatshandeln setzen: Für eine Regulierung der Finanzmärkte, für gesellschaftliche Umverteilung und einen Stopp von Privatisierung, eine sozial gerechtere Politik u.a.m.

Es wäre jedoch falsch, sich der Forderung nach dem Präsentieren von Alternativen einfach zu beugen – etwa der öffentlichen Anschlussfähigkeit halber, die sich sehr schnell als realer Anschluss an die herrschenden Verhältnisse erweisen kann. Wenn in sinnvoller Weise von Alternativen geredet werden soll, dann nicht im Sinne eines Masterplans für eine andere Gesellschaft. Wie eine solche auszusehen hätte, muss sich erst in demokratischen Auseinandersetzungen und Kämpfen herausstellen. Wenn wir eines aus der Geschichte gelernt haben, dann dies, dass es keine fertigen Modelle für eine vernünftige und freie Gesellschaft gibt. Wenn es also um Alternativen gehen soll, dann vor allem in der Gestalt anderer Lebens- Arbeits- und Praxisformen und der Schaffung von Möglichkeiten, damit zu experimentieren. Dies ist ein vielfältiges Feld und eine Arbeit, die ohne Rezepte und Strategieanweisungen auskommen muss.

Auch linke Alternativen laufen immer wieder Gefahr, die herrschenden Machtstrukturen zu reproduzieren. Gleichzeitig ist es jedoch naiv zu glauben, man könnte sich außerhalb der Macht stellen. Wir alle sind immer schon ein Produkt und Bestandteil von Machtverhältnissen. Eine Gesellschaft ohne Macht gibt es nicht. Macht ist nicht etwas, was ein definiertes Zentrum hat, sondern eine umfassende und komplexe soziale Beziehung, wie Foucault gezeigt hat. Es gibt also nicht das „Wir“ (die Guten) und das „Sie“ der Herrschenden, wenngleich diese Zuschreibungen analytisch und in konkreten Auseinandersetzungen wichtig sind. Die Frage ist, wie Machtbeziehungen konkret aussehen, wer in welchen Formen darin positioniert ist und inwieweit es möglich ist, auf bewusste und demokratische Weise damit umzugehen.

Schließlich: Die Weltpolitik wird offenkundig immer stärker durch die gewaltsam durchgesetzten Interessen konkurrierender Machtstaaten bestimmt. Dem wäre eine Politik entgegenzusetzen, die internationales Recht und Formen geregelter internationaler Kooperation einklagt, die globalen Ungleichheiten und Unterdrückungsverhältnisse zum Thema macht und die notwendig nationale Grenzen überschreiten muss. Von den Staaten ist dies kaum zu erwarten und auch nicht von den Vereinten Nationen. Dazu bedarf es der Mobilisierung eines internationalen politischen Drucks, der wiederum nur erfolgreich sein wird, wenn er sich auf global vernetzte politische Strukturen stützen kann. Die politischen Auseinandersetzungen werden in der nächsten Zeit vor allem darum gehen, welche „Globalisierung“ sich durchsetzen wird.

Das bedeutet gerade nicht, dass lokale Kämpfe allein entscheidend seien. Ein internationaler Austausch ist wichtig. Von den Zapatistas kann aber auch etwas anderes gelernt werden: Suchprozesse



emanzipativer Praxis entwickeln sich erst in Resonanz mit anderen Teilen der Gesellschaft, d.h. über die Rezeption zapatistischer Ideen und Praxen, die in das eigene Denken und Handeln eingefügt werden, was wiederum auf die in Chiapas und Mexiko agierenden Zapatisten zurück wirkt. Seattle, Genua und die vielen anderen sichtbaren und weniger sichtbaren Widerstände stärken die Kämpfe in den Bergen des mexikanischen Südostens. Daher ist Reflexion, die in der anfangs zitierten Rede auf dem Zócalo von Mexiko-Stadt erwähnt wird, so wichtig. Radikale Praxis benötigt eine Reflexion der bestehenden Bedingungen, gegen die sie agiert, und muss sich ihrer eigenen Widersprüche vergewissern. Hier können die vielfach kurzatmigen Kampagnen und Mobilisierungen in Europa einiges lernen; nicht durch naives und von spezifischen gesellschaftlichen Kontexten abstrahierendes „Abgucken“, sondern durch kluge Resonanzen.